Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 40. Bielefeld, Montag, 17. Februar 1896. 7. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung vom 15. Februar 1896, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Bronsart von Schellendorff, von Bötticher, Kommissare.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung.

Die Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Bebel (Soz.): Der Kriegsminister hat mich gestern zu widerlegen gesucht; gelungen ist es ihm nicht. In seinem am Anfang seiner gestrigen Rede angebrachten Gleichnis hat derselbe übrigens einen sehr eigentümlichen Geschmack bekundet. (Sehr richtig! links.) Daß der Reichstag ein Theater ist, daß wir uns in der Stellung von Komödianten hier befinden, die ein gewisses Repertoir haben, das ist allerdings ein Vergleich, den eben nur der Kriegsminister machen kann, nach dem, was wir sonst schon von ihm gehört haben. Daß die deutschen Volksvertreter lachten, spricht allerdings auch nicht sehr für den Geist, der bei einer so hochernsten Verhandlung vorhanden sein sollte. Ich sage hier, was ich zu sagen mich verpflichtet fühle, und spreche nicht blos hier zu Ihnen, meinen Kollegen, sondern zu den Millionen im Lande, die meine Rede lesen und bei denen ich der Anerkennung auch sicherer bin als hier im Hause. Es kommt da nicht so sehr auf den einzelnen Fall an. Von dem im Laufe der Jahre von mir vorgebrachtem Material hat die Militärverwaltung nur einen winzigen Bruchteil widerlegt. (Sehr wahr, links.) Die Uebelstände, die ich hier vorbringe, sind in der ganzen Nation bekannt, sie schreien zum Himmel. Sie sind früher von den Vertretern des Bürgertums vorgetragen worden. Wenn diese heute mit ganz vereinzelten Ausnahmen schweigen, so beweist das eben den außerordentlichen Tiefstand, den heute das Bürgertum erreicht hat. Es handelt sich doch hier nicht um sozialdemokratische Forderungen. Alles das, was ich hier vorbringe, kann in der bürgerlichen Gesellschaft durchgeführt werden. Im Gegenteil, die bürgerliche Gesellschaft könnte durch Zustände, wie wir sie in der Militär-Verwaltung wünschen, nur gewinnen. Was sind mir nun für Irrtümer nachgewiesen worden? Den Fall aus Lübeck habe ich erzählt auf Grund von Briefen, die mir von den Eltern des Soldaten zugesandt worden sind. Der Soldat hatte jedenfalls die Absicht, sich das Leben zu nehmen, ist aber, wie ja das oft geschieht, im letzten Augenblick vom Selbstmord zurückgeschreckt. Der Herr Kriegsminister sagte, er habe sich vor den älteren Leuten gefürchtet. Warum? Weil ihn die geprügelt hätten. Damit ist bestätigt, was ich gestern gesagt habe. Das Schlimmste ist nur, daß diese Mißhandlungen von Kameraden auch vom Kriegsminister gebilligt werden. Da redet man immer von dem Militär als der festesten Stütze des Staates, der Religion und der Sitte. Die Thatsachen schlagen solchen Ausführungen aber fortgesetzt ins Gesicht. Im zweiten Fall soll der Rücken keinen Eiter, sondern nur Striemen aufgewiesen haben; so hat es der Arzt bescheinigt. Für mich haben militärärztliche Zeugnisse nicht allzu großen Wert. Wenn unsere Mitärärzte am jüngsten Gericht alles Das, was sie bescheinigt haben, verantworten müßten, es würde ihnen schlimm ergehen. Aber mögen es blos Striemen gewesen sein, die Mißhandlung war dann noch schlimm genug. Der Mann ist bestraft worden, weil er gelogen hat. Warum hat er aber gelogen? Weil er die Ueberzeugung hatte, er werde, wenn er seinen Peiniger anzeige, von den Kollegen des Peinigers noch ärger mißhandelt werden. Militärärztliche Zeugnisse und auch Eide haben für mich nur sehr geringen Wert. Ich könnte hier viele Fälle anführen, wo die Soldaten vor dem Militärgericht befragt, die Mißhandlungen nicht gesehen haben, vor dem Zivilgericht aber die Mißhandlungen zugegeben haben. Alle Welt war sich einig, daß die Leute vor dem bürgerlichen Gericht die Wahrheit gesagt haben.

Präsident v. Buol: Herr Abgeordneter, ich muß Sie einen Augenblick unterbrechen. Ich nehme an, Sie wollten hier nur einzelne Fälle anführen, in denen von Militärpersonen falsche Eide geleistet worden sind und nichts gegen militärische Eide im allgemeinen sagen?

Abg. Bebel (Sozialdem.): Ich bitte Sie, Herr Präsident, den stenographischen Bericht nachzusehen. Ich glaube nicht, daß ich das gesagt habe, was einzelne Herren an jenem Tische (Offiziere am Bundesratstische) gehört zu haben scheinen. (Heiterkeit.) In dem dritten Fall des Oekonomen, der jetzt wegen Verleumdung angeklagt ist, bitte ich Sie, abzuwarten, bis die Sache entschieden ist. Ich bleibe vorläufig fest bei meiner Behauptung. Ueber die Duellfrage hat sich der Kriegsminister ausgeschwiegen und blos auf Lassalle verwiesen. Leider hat Lassalle diese Dummheit gemacht. Kein Sozialdemokrat hat ihn aber noch je entschuldigt. Lebte er heute, würde er gewiß über die Frage anders denken. Als einzige Entschuldigung bleibt übrig, daß der Vorfall sich vor 31 Jahren abgespielt hat und nicht am Ende des 19. Jahrhunderts. Der Herr Kriegsminister hat bezüglich der nicht kirchlich getrauten Soldaten von verderblichen Einflüssen gesprochen. Darüber will ich jetzt nicht streiten, aber es fragt sich hier, ob die Militärbehörde befugt ist, auch nur moralisch hier einzugreifen; der Herr Kriegsminister scheint vergessen zu haben, daß er damit das Zivilstandsgesetz verletzt. Der Verein christlicher junger Männer erörtert öffentliche Angelegenheiten im evangelisch-sozialen Sinne. Lasse man doch den Soldaten die Freiheit, dahin zu gehen, wo es ihnen gefällt. Das Vorgehen des Obersten Liebert habe ich nicht ungesetzlich genannt, aber ungehörig ist es. Die Militärverwaltung hat sich um die bürgerlichen wirtschaftlichen Kämpfe nicht zu kümmern. Gewiß wird zum Streiken die Zeit gewählt, in der für den Unternehmer ein gewisser Notstand besteht. Andererseits besteht aber ein Notstand für die Arbeiter, wenn der Unternehmer das starke Angebot von Arbeitskräften benutzt, um die Löhne zu drücken. Nun zum Kollegen Schall. Er sagte, er könne meine Rede nicht ernst nehmen, hat aber darauf eine lange Rede gehalten. (Heiterkeit.) Ich muß ihn also doch arg gekitzelt haben. Herr Schall verglich mich mit Herostratus. Aber ich muß doch sagen, es wird mir jeder zugeben müssen, daß ich mich bemüht habe, ohne Uebertreibung, objektiv und zur Sache zu sprechen. Und ich will unsere Armee nicht herabsetzen in ihrer Leistungsfähigkeit. Ich gebe sogar zu, daß, wenn ich vielleicht im österreichischen Reichsrat säße, meine Kritik an der österreichischen Armee viel schärfer ausfallen würde, als die über die deutsche Armee. Schon daß die Zahl der Selbstmorde in der österreichischen Armee drei Mal so groß ist als bei uns, beweist mir, daß dort noch schlimmere Zustände herrschen. Was ich über die Duellrede des Kollegen Schall gesagt habe, war völlig korrekt. Er hat seine früheren Aeußerungen abgeschwächt und sich auf alle seine Berufskollegen bezogen, die sämtlich Gegner des Duells seien. Ich finde dann nur, daß die Kollegen des Herrn Schall als militärische Seelsorger auf die ihrer Seelsorge anvertrauten Offiziere einen nur sehr geringen Einfluß ausüben. Herr Schall sagte, die sozialdemokratischen Soldaten seien meist störrisch. Da ist mir aber Graf Caprivi eine bessere Autorität als Herr Schall, und Graf Caprivi hat im Jahre 1893 geäußert, die Sozialdemokraten seien seinen Erfahrungen nach im allgemeinen sehr gute Soldaten. Herr Schall sprach auch von der Sittlichkeit in der Armee. Lesen Sie einmal die Broschüre Ihres Amtsbruders, des Pastors Wagner in Pritzerbe, der die Armee direkt eine Schule der Unzucht nennt, von den Zoten und gemeinen Liedern erzählt, die in Gegenwart höherer Offiziere auf dem Marsche gewohnheitsmäßig gesungen werden. Er führt auch an, daß die jungen Leute den schamlosen Geschlechtsgenuß zumeist beim Militär lernen. Ich empfehle Ihnen diese Broschüre mit dem Titel „Die Unsittlichkeit auf dem Lande" angelegentlichst als Lektüre. Der Pastor Bodelschwingh, der einmal einen Ball bei Soldaten mitgemacht hat, sagt: „Einmal und nicht wieder!" so unsittlich ist es zugegangen. Ich lege hier Programme für sogenannte Soldaten-Herren-Abende auf den Tisch des Hauses nieder. Die Herren werden bei dem Lesen dieser Schamlosigkeiten Ekel empfinden. Nun hat mir Herr Schall zum Schluß noch den Rat gegeben, eine Broschüre zu schreiben. Das von ihm vorgeschlagene Thema erscheint mir zu wenig Erfolg versprechend. Vielleicht schreibe ich aber einmal eine Broschüre mit dem Titel: „Kapitalismus und Militarismus, die beiden Zwillingsbrüder einer im Versinken begriffenen Welt." (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Wenn ich dem Abg. Bebel sieben oder acht Mal bewiesen habe, daß er Unrecht hat, so behauptet er acht oder zehn Mal, er habe Recht. Das macht weder auf mich, noch auf das Haus Ein-

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

69 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Er stand auf und griff nach seinem Hute.

„Halt", rief der mit Babukin angeredete rasch und heftig, „ich will thun, was du sagst.

Der Andere setzte sich wieder.

„Du bist ein guter, mutiger Junge", sagte er mit triumphierendem Lächeln. „Ich danke dir."

„Man ist doch auch ein Mensch", antwortete der junge Mann, „und ich habe eine Geliebte."

Der ältere Freund blickte nach dem Engländer. Dieser schien eingeschlafen.

Der Mann stand auf, trat zu ihm hin, betrachtete ihn vorsichtig und rüttelte ihn dann ein wenig.

Borodin machte, wie im Schlafe, eine hastige Bewegung und murmelte einige unverständliche Worte.

„Er schläft", murmelte der Fremde, leise zu seinem Kameraden zurückkehrend. „hätte er eine Silbe verstanden, so —"

Er begleitete diese Bemerkung mit einer drohenden Handbewegung.

„Was muß ich thun?" fragte der Jüngling.

„Geh morgen früh in die — Straße in das Haus —" der Fremde beschrieb genau die Lage und Beschaffenheit des Hauses. „Dort wirst du eine alte Dame finden, die du mit den Worten anreden mußt: „Wie befindet sich Onisof?" Wenn sie antwortet: „Ich danke, er geht spazieren", so bist du am rechten Orte. Du brauchst dann nur zu sagen, du seiest Babukin und der bekannte Freund schickte dich, um alles weitere zu vernehmen."

Die beiden Männer dämpften hierauf ihre Sprache so herab, daß Borodin beim besten Willen nichts mehr verstehen konnte.

Borodin stellte sich daher an, als erwache er aus festem Schlafe, blickte sich wie verwundert und verlegen um, nahm seinen Ueberzieher und verließ mit einem verschlafenen „Gute Nacht" das Lokal, in der Besorgnis, der Aufwärter, mit dem er vorher russisch gesprochen hatte, möge noch einmal erscheinen und ihn in Verlegenheit bringen.

Auf der Straße angelangt, zögerte er nicht lange über den Weg, den er zu nehmen hatte.

Sein Entschluß war gefaßt.

Er wollte das Geheimnis dieser beiden Männer ergründen und wenn es sein Leben koste!

Abenteuerlich, jung, verzweifelt, wie er war, reizte ihn der Gedanke an ein solches waghalsiges Unternehmen.

Er kannte die Straße, welche der Fremde seinem Genossen bezeichnete, das Haus würde er sicherlich finden.

Morgen früh sollte dieser hingehen, er wollte versuchen, noch früher einzutreffen. Persönlich kannte man den Erwarteten nicht, darüber hatte das Gespräch der Männer ihn belehrt.

Nachdenklich begab sich Borodin in ein in der Nähe befindliches, bescheidenes Gasthaus und befahl dem Kellner, ihn um 5 Uhr zu wecken.

Um 5 Uhr stand er auf, kleidete sich rasch an, trank eine Tasse Kaffee und einen Cognac, hüllte sich in seinen Ueberzieher und begab sich dann hinaus auf die Straße.

Eben teilten die ersten Schimmer der Morgendämmerung das herrschende Dunkel, noch war es bitter kalt und der Schnee knirschte unter den Füßen unseres Abenteurers.

Um 6 Uhr stand Borodin vor dem beschriebenen Hause.

Es war ein altes, düster aussehendes Gebäude, dessen grüne Läden fest geschlossen waren, so daß das Haus den Eindruck hervorbrachte, als sei es unbewohnt.

Einen Augenblick zögerte der Offizier, dann klopfte er entschlossen an die Thür.

Alles blieb still.

Vielleicht war er zu früh gekommen.

Er klopfte ein zweitesmal und stärker, doch mit demselben negativen Erfolge.

„Man schläft noch", murmelte er ärgerlich und rieb sich die halberstarrten Hände. „Ich will noch einen Versuch machen."

Diesmal klopfte er an den nächst der Thür befindlichen Laden.

Wieder verging eine geraume Zeit, und schon bedachte Borodin bei sich selbst, ob er nicht doch lieber von dem Abenteuer abstehen und sich entfernen sollte, als plötzlich der Laden ein wenig zurückgeschoben wurde und eine Stimme im Innern halblaut fragte:

„Wer ist da?"

„Guten Morgen", versetzte Borodin in demselben Flüstertone.

„Wie befindet sich Onisof?"

„Einen Augenblick", rief die Stimme, „ich werde gleich öffnen."

Der Laden wurde wieder zugezogen, wieder umgab tiefe Stille den einsamen Mann. Das „gleich" war jedenfalls nicht allzu wörtlich zu nehmen, denn wohl eine Viertelstunde schwand dahin und Borodin knirschte manchen ärgerlichen Fluch zwischen den Zähnen hervor, bis ein Geräusch von innen das Nahen eines menschlichen Wesens anzeigte.

Endlich öffnete sich die Thür und Borodin stand, wie der Fremde es vorher verkündigt, vor einer Matrone in schmutzigem Schlafrocke, die ihn mit neugierigen und etwas argwöhnischen Blicken betrachtete.

„Was wünschen Sie?" fragte sie noch einmal.

„Wie befindet sich Onisof?" wiederholte der Offizier.

„Ich danke, er geht spazieren", entgegnete die Alte freundlicher. „Treten Sie ein."

„Es ist bitterkalt, ich —"

„Kommen Sie."

Borodin wurde in ein kleines, spärlich erleuchtetes und noch nicht völlig erwärmtes Zimmer geführt, worin ein Mann aufrecht in einem Bette saß.

„Sie kommen früh", rief ihm der Mann entgegen.

„Ich hielt es für sicherer", entgegnete Borodin aufs Geratewohl.

„Sie haben recht", sagte der Andere und streckte dem Ankömmling die Hand entgegen, die er herzlich drückte. „Laß uns allein Nikita", wandte er sich dann zu der alten Dame, die sofort gehorsam das Zimmer verließ.

„Sie haben lange warten müssen", sagte der Mann im Bett, als beide allein waren, „es thut mir leid, aber wir waren so früh auf Ihre Ankunft nicht gefaßt. Sie würden sonst ein besser geheiztes Zimmer und einen freundlicheren Aufenthalt angetroffen haben."

Der Offizier murmelte, das thue ja nichts zur Sache.

(Fortsetzung folgt.)

druck. Der Zweck, den der Abg. Bebel mit dem regelmäßigen Vortrag von unbewiesenen Soldatenmißhandlungen hier verfolgt, ist der, zu agitieren, Väter und Mütter mit Mißtrauen gegen die Armee zu erfüllen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Desertionen vorgekommen sind, so betreffen sie Landstreicher und Stromer, die einen sehr ausgeprägten Wandertrieb besitzen und im Nichtsthun die angenehmste Beschäftigung sehen. (Abg. Bebel: Beides thun auch hochgestellte Leute.) Seitdem wir die unsicheren Kantonisten nicht mehr an der Grenze einstellen, kommen diese Desertionen nicht mehr vor. Die Zeugnisse der Militärärzte sind mir wertvoller als die Reden des Herrn Bebel und die seiner sämtlichen Kollegen. Auf die 17 oder 18 Punkte, die er sonst noch berührt hat, will ich nicht weiter eingehen. Wir könnten uns sonst bis übermorgen unterhalten und ich sehe, daß einige seiner Kollegen ja auch noch Lust zu sprechen haben. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus persönlichen Gründen bin ich gegen die Bewilligung der M. 36000 Gehalt des Ministers. Wir müssen uns fragen, ist die Leitung der Militärverwaltung ein solches Gehalt wert? Da muß ich sagen, der Kriegsminister ist weder in seiner Eigenschaft als etwaiger Schauspieldirektor noch in seinem Auftreten in der Rolle des Pistol oder des Zigeunerbarons M. 36000 wert. (Große Unruhe rechts. Rufe: Zur Ordnung!) Für das Weiterspielen dieser Rollen halten wir eine Besoldung von M. 36000 zu hoch. (Erneute Unruhe rechts.) Für derartige Figuren ist nicht das Geld der Steuerzahler da. Die Angelegenheit mit dem Hauptmann von Strombeck liegt nicht so, wie der Kriegsminister dargestellt hat. Ich habe gestern die Akten in der Klage gegen den Gewährsmann Bebels, den Gutsbesitzer Dommatsch, durchgesehen. Darin giebt der Staatsanwalt selber zu, daß Hauptmann v. St. die Leute angestoßen habe. Manche halten es unter allen Umständen für unwürdig, die Mannschaften zwecks Erzielung von Dienstleistungen körperlich zu berühren. Auch sind in dem Prozeß die von Dommatsch benannten Zeugen noch nicht vernommen worden. Ich erwarte, daß sich die Wahrheit seiner Angaben herausstellen wird. Wir werden die Militärmißhandlungen so lange hier vortragen, bis entweder die Uebelstände abgestellt sind, oder bis sich auch die bürgerlichen Parteien bewogen fühlen, diesem Kriegsminister, der den von uns mitgeteilten Fällen gegenüber keinen anderen Ton finden kann, als er ihn findet, das Gehalt zu streichen! (Beifall bei den Soz. Lachen rechts.)

Generalleutnant v. Spitz: Es ist gesetzlich festgestellt, daß Soldaten, die infolge der Mißhandlung eines Vorgesetzten erwerbsunfähig werden, eine Dienstentschädigung zuzuerkennen ist.

Abg. Graf v. Roon (K.): An die Mißhandlungsreden der Sozialdemokraten sind wir mit der Zeit schon gewöhnt worden, aber man könnte doch schließlich aufgebracht werden, wenn das Haus fortdauernd durch solche ungehörigen Reden ennuyiert wird. . .

Vizepräsident Schmidt ersucht den Redner, nicht in die Befugnisse des Präsidenten einzugreifen, der allein darüber zu befinden habe, was gehörig oder ungehörig sei (Beifall links).

v. Roon: Der Abg. Bebel hat das Wort ungehörig auf einen Obersten angewendet und da dachte ich . . .

Vizepräsident Schmidt: Es ist aber etwas anderes, wenn Sie diesen Ausdruck auf das parlamentarische Verhalten eines Mitgliedes anwenden.

v. Roon; Ich habe nur erklären wollen, daß ich gegen die Bewilligung des Gehalts für den Kriegsminister nichts einzuwenden habe (Lachen links). Ich bewundere vielmehr den Humor, mit dem er seine Sache vertritt (Beifall rechts.) Dann wollte ich aber den Christlichen Verein junger Männer gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß er Politik treibe. Hofprediger Stöcker, der zu meinem Bedauern aus der konservativen Partei ausgeschieden ist, hat mit dem Verein gar nichts zu thun. Die Verminderung der Selbstmorde führte Abg. Bebel auf die Armeereorganisation zurück. Das halte ich nicht für gerechtfertigt. Sachverständige sind der Ansicht, daß die neue Einrichtung unhaltbar sei und daß wir zu der bewährten Organisation zurückkehren müssen, mit der wir Frankreich geschlagen haben (hört! hört! links). Das Duell halten wir für ein notwendiges Uebel, das sich aber leider nicht immer vermeiden läßt, so lange die Menschen keine Engel sind. Die Strafe überlassen wir Gott (Lachen). Daß in der Armee besonders unsittliche Zustände herrschen, kann ich nicht zugeben. Es ist dort wie allerwärts. Lassen Sie sich also durch die Behauptungen der Sozialdemokraten nicht irre machen in der Vorzüglichkeit unserer Armeezustände (Beifall rechts).

Abg. Lieber (Z.): Der Herr Kriegsminister hat es abgelehnt, aus Rücksicht auf uns, auf die Fälle, die Abg. Bebel hier vorgetragen hat, im einzelnen einzugehen. Ich bedauere das. Ich habe mit dem Abg. Bebel manchmal hart gestritten, aber ich habe ihn niemals anders als ernst genommen, und ich glaube auch die Mehrzahl der Mitglieder dieses Hauses. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Der Herr Kriegsminister hatte es doch leicht, zu erklären, soweit die Dinge begründet sind, werde ich Abhilfe eintreten lassen. Wir müssen verlangen, daß über alle Beschwerden volle Aufklärung geschaffen werde. (Beifall.) Wir machen also auf die Rücksichtnahme des Kriegsministers keinen Anspruch. Herr Bebel ist nämlich keineswegs der einzige, der Beschwerde zu führen hat. Wir verurteilen das Duell ohne jede Einschränkung. Es liegt mir durchaus fern, dem Grafen Roon in seiner unbegreiflichen Entschuldigung des Duells zu sekundieren. Wir verurteilen jede einzelne Soldatenmißhandlung auf das Schärfste. Aber die Erfahrung gebietet uns, hier doppelt vorsichtig zu sein und nicht auf Grund einseitiger Darstellung ein Urteil abzugeben. Sind aber Mißhandlungen erwiesen, so sorgen wir nach Kräften für Abstellung. Ragen sie doch als unerträglicher Anachronismus aus der Zeit des Werbe- und Soldwesens in die Zeit der Volksheeres hinein. (Beifall.) In dem Fall des Streikbruchs in Frankfurt a. O. finde ich nichts Tadelnswertes. Herr Bebel hat über die Unsittlichkeit in der Armee gesprochen. Was er als Material auf den Tisch des Hauses gelegt hat, ist in der That so haarsträubender Natur, daß es dafür keinen parlamentarischen Ausdruck giebt. Aber das Material entbehrt der Schlüssigkeit auf die Armee. Es bezieht sich auf Kriegervereine, auf die die Militärverwaltung keinen Einfluß hat. Daß die Soldaten ähnlich beschaffen sind, scheint mir ein voreiliger Schluß. (Beifall.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Der Vorredner beschwerte sich über die Art und Weise, wie ich die Rede des Abg. Bebel beantwortet habe. Ich kann zu meiner Freude konstatieren, daß seine Ansicht nicht von allen seinen Parteigenossen geteilt wird. (Bewegung im Zentrum.) Er scheint auch meine gestrige Rede nicht gehört zu haben (Große Unruhe und Widerspruch im Zentrum), sonst hätte er hören müssen, daß ich über eine Reihe von Fällen amtlich Auskunft gegeben habe. Das werde ich auch in Zukunft thun, soweit mir amtliches Material zur Verfügung steht. (Bravo! rechts.)

Abg. Haußmann (Sd. Vp.): Es ist von unserer Seite zu diesen Fragen nicht so oft gesprochen worden, weil unser Standpunkt in diesen Fragen schon wiederholt festgelegt worden ist. Man möge Resolutionen stellen und wird sehen, daß wir für dieselben stimmen werden. Solche Resolutionen wären ganz angebracht, nachdem heute von der Rechten das Duell wieder sozusagen als notwendige Staatsinstitution hingestellt worden ist. In Lohnkämpfe hat sich der Staat in keinem Falle einzumischen, deshalb halten auch wir die Einmischung des Oberst Liebert für ungehörig. Ueber die Rede des Abg. Bebel können sich die nicht wundern, die immer einseitig über die Unsittlichkeit in den unteren Klassen urteilen. Der Abg. Bebel ist zu sanguinisch gewesen, als er sagte, die Behandlung der Soldaten sei in den letzten Jahren besser geworden. Das ist nach meinen Beobachtungen nicht der Fall. (Abg. Bebel ruft: hört! hört!) Es herrscht ein nicht wünschenswerter Geist im Heere, es fehlt noch immer den Soldaten jeder Rechtsschutz. Selbstmorde, Geisteskrankheit sind in zahlreichen Fällen die Folgen von Mißhandlungen. Das Bedürfnis nach einer Militärstrafprozeß-Reform ist das fühlbarste. Ueber die Reform will ich den Kriegsminister nicht interpellieren, ich nehme an, daß die Reform noch nicht auf dem toten Geleise angekommen ist, weil der Herr Minister noch diesen Etat vertritt. Ich hoffe aber auf eine Erklärung, daß wir die Reform spätestens in der nächsten Session vorgelegt erhalten. Dem Urteil über den Wert militärärztlicher Zeugnisse kann ich mich nicht ganz anschließen, aber die Thatsache besteht, daß die Militärärzte häufig abgestumpft sind und häufig Simulanten von wirklich Kranken nicht unterscheiden können. Es liegt im Interesse der Militärverwaltung, auch hier Besserung zu schaffen.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Die Abfassung falscher militärischer Berichte gehört zu den schwersten Vergehen. Ich weise die Angriffe des Vorredners zurück. Die wissenschaftlichen Qualitäten der Militärärzte brauche ich nicht zu verteidigen, sie erfreuen sich höchster Anerkennung im In- und Auslande.

Abg. Spahn (Z.): Die Annahme des Kriegsministers ist irrig, daß Abg. Lieber nur im Namen eines Teils des Zentrums gesprochen hat. Die ganze Fraktion ist Dr. Liebers Meinung. Wir finden sogar, daß seine Kritik noch zu wohlwollend gehalten war.

Abg. Dr. Schönlank (Soz.) verliest unter großem Lärm der Rechten eine Rede des früheren Jesuitenpaters Grafen Hoensbroech, die dieser im Verein christlicher junger Männer gehalten hat und eine Kulturkampfsrede stärksten Kalibers war, um zu beweisen, daß in diesem Verein Politik getrieben wird.

Abg. Dr. von Bennigsen (Natl.): Das Duell ist ein großes Uebel, aber doch noch in manchen Fällen unter den heutigen Zuständen notwendig. In England sei das Duell so gut wie beseitigt und so sei die Hoffnung nicht aufzugeben, daß wir auch in Deutschland diesen Zustand erreichen. Die Angriffe des Abgeordneten Bebel auf die Armee sind ja erklärlich. Ohne die Beseitigung der Armee sind Herrn Bebels Pläne ja nicht zu verwirklichen. Erfreulich sei aber das Anerkenntnis, daß er die Zustände in der österreichischen Armee für schlechter hält als in der deutschen Armee. Wenn aber der Geist im deutschen Heere wirklich so roh wäre, wäre dann der letzte furchtbare Krieg so human geführt worden, wie er geführt worden ist? Herr Bebel übertreibt, indem er einzelne böse Erscheinungen generalisiert. Solche Angriffe mögen jedes Jahr wiederholt werden, die Ueberzeugung wird man im Lande nicht teilen, daß etwas faul im Heere sei. Wir werden uns dadurch die Freude an der herrlichen Institution, die uns unser stolzes Heer bietet, nicht verderben lassen.

Abg. Graf Bernstorff (Rp.) erklärt als Vorstandsmitglied des Vereins christlicher junger Männer, daß der Verein keine Politik treibe. Zu dem Vortrage des Grafen Hoensbroech sei der Saal nur vermietet worden. Das Duell halte er für ein Uebel und zwar für kein notwendiges, sondern für ein sehr überflüssiges. Der Konsistorialrat, der sich duelliert hatte, sei aus der kirchlichen Verwaltung ausgetreten und in die Staatsverwaltung übergetreten.

Abg. Werner (Antis.): Heute haben die Sozialdemokraten Bebel, Stadthagen und Schönlank gesprochen. Ich frage die Herren, ob einer von ihnen gedient hat. Ich habe gedient, und weiß, daß alle Angriffe gegen die Armee unberechtigt sind. Die Angriffe der Sozialdemokraten haben nur den Zweck, zu hetzen und sozialdemokratisches Gift in die Armee zu träufeln. Aber ihre Bemühungen werden an dem deutschen Geist der Armee und der Energie der Heeresverwaltung scheitern.

Abg. Haußmann (südd. Vp.): Der Kriegsminister bleibt in seiner Polemik immer nur an der Oberfläche der Worte. Er schiebt mir Dinge unter, die ich nicht gemeint habe. Weil das ganze Militärstrafprozeßverfahren einseitig ist, müssen auch die Berichte der Vorgesetzten an den Kriegsminister einseitig sein. Das Prozeßverfahren muß reformiert und in das Licht der Oeffentlichkeit gestellt werden, dann thun wir den Sozialdemokraten den größten Abbruch. (Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff erkennt an, daß er sich geirrt haben könne in der Auffassung der ersten Rede des Vorredners.

Abg. Schall (Kons.) (Allgemeines Oh!) Ich werde Ihnen keine lange Nachmittagspredigt halten. (Heiterkeit.) Ich will nur meine Stellung zum Duell nochmals präzisieren. Ich verurteile das Duell vom christlichen Standpunkt aus und halte es in keinem Falle für entschuldbar. Ich habe nur im Falle Kirchhoff gesagt: es wird begreiflich sein, wenn derartige Fälle hier und da vorkommen. Ich glaube mich damit ein für alle Mal von dem Vorwurf gereinigt zu haben, daß ich ein Verteidiger des Duells bin und teile nicht den Standpunkt des Grafen Roon. Der Hofprediger Frommel hat durchaus nicht gesagt, daß die Armee eine Schule der Unzucht sei. Er bestreitet es entschieden. Seit langen Jahren bin ich Ehrenmitglied der Kriegervereine. Von solchen Herrenabendprogrammen habe ich nie etwas gehört. Wenn so etwas vorgekommen ist, so bedaure ich es. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, daß die Kriegervereine patriotische Stützen des Staates sind, die grade deshalb von den Sozialdemokraten gehaßt werden. Unsittlichkeiten in der Armee kommen vor; meistens sind sie aber von außen hereingetragen. Das Institut der Militärseelsorge muß erweitert werden.

Abg. Schultze (Sozd.) bringt einen weiteren Fall des Streikbruchs durch Soldaten zur Sprache, der noch viel bedenklicher sei, als der Fall aus Frankfurt a. O. In Königsberg i. Pr. streikten die Klempner. Dort stellte der Kommandeur den Meistern elf Soldaten zur Verfügung, ohne daß die Gefahr des Verderbens eines nicht vollendeten Arbeitsproduktes vorlag. Die Arbeiter verlangen, daß derartige Vorkommnisse ein für allemal unmöglich gemacht werden.

Abg. Bebel (Sozd.): Ich bin mit dem Verlauf der Verhandlungen gestern und heute außerordentlich zufrieden. Ich habe meine Rede heute absichtlich so zugespitzt, daß ich die Vertreter der bürgerlichen Parteien herauslockte, selbst den Herrn von Bennigsen aus seiner Höhle (Heiterkeit), der eine von fanatischem Haß gegen die Sozialdemokratie durchtränkte Rede gehalten hat. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Ich habe durchaus nicht, wie Abgeordneter Lieber meinte, mir etwas darauf zu Gute gethan, daß nur meine Partei Kritik an der Militärverwaltung übe. Ich erkenne bereitwillig an, daß auch vereinzelt Mitglieder anderer Parteien hier Kritik üben, und daß besonders der Abg. Haußmann mich beim Thema der Militärmißhandlungen kräftig unterstützt hat. Trotzdem habe ich das Gefühl, als würde von seiten der bürgerlichen Parteien nicht entfernt mit der nötigen Energie gegen die Mißstände vorgegangen. Es ist meine ehrliche Ueberzeugung, daß die deutsche Armee hochsteht im Vergleich mit anderen Armeen Europas. Wie die Dinge in Europa liegen, ist die Armee eine Notwendigkeit. (Bewegung bei den Freisinnigen.) Der Abg. Rickert greint wie ein unschuldiges Kindlein. (Stürmische Heiterkeit.) Das haben wir stets gesagt. Wir lehnen das Militärbudget ab, weil die Grundlage, auf der die Armee aufgebaut ist, unseren prinzipiellen Anschauungen widerspricht, weil sie zweitens dieser Grundlagen wegen schwere Opfer der Nation erfordert und weil drittens diese Opfer hauptsächlich von den Arbeitern getragen werden, auf die die schwersten Lasten gewälzt werden. Sind Sie bereit, die Grundlagen der Institution zu ändern, so werden wir mit uns reden lassen. Außerdem wird fortgesetzt von einer Ihnen allen bekannten Stelle bei passenden und unpassenden Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß die Armee ein Werkzeug gegen den inneren Feind sei. Der innere Feind, das sind wir. Da wäre es ein Selbstmord, eine Ehrlosigkeit gegen unsere Partei, wollten wir die Waffen gegen uns selbst schmieden und den Militäretat bewilligen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Bei dem Duellunfug habe ich besonders darauf hingewiesen, daß er in der Zunahme begriffen ist. Während ich gestern sprach, verhauchte ein junges Leben wieder, das dem blutigen Wahn zum Opfer gefallen ist. Seit den siebziger und achtziger Jahren haben wir eine fortgesetzte Zunahme der Duelle nicht allein in adeligen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen. Da ist es die Pflicht der Volksvertretung, nicht allein in platonischen Erklärungen, sondern fortgesetzt sehr energisch gegen das Duell aufzutreten. Herr Lieber meinte, die Behandlung der Soldaten sei besser geworden. Nein, ich behaupte, sie ist nicht besser geworden. Die Erlasse, die früher erlassen wurden, sie richten sich noch gegen das Schimpfen. Davon steht in den letzten Erlassen gar nichts mehr und doch kann man auf den Kasernenhöfen nicht nur jede Stunde, sondern jede Minute ganz rohe, gemeine Schimpfworte hören, die jeder Menschlichkeit Hohn sprechen. Ich habe nicht jeden Offizier und Unteroffizier als einen verrohten Menschen hingestellt, wie mir es Herr von Bennigsen unterstellt hat. Aber Sie treiben gegenüber solchen Thatsachen noch Schönfärberei. Wir halten uns an die Thatsachen und brauchen nicht schwarz zu färben. Wenn wir erst bei unserer Kritik übertreiben müßten, dann wäre es um uns selbst geschehen. Die Wahrheit ist wirklich schwarz genug; wir brauchen sie nur im Bilde zu reproduzieren. Wenn Herr Prediger Frommel jetzt ableugnen möchte, was er einmal in einer schwachen Stunde gesagt hat, so kann ich nur konstatieren, daß seine Aeußerung von der Schule der Unzucht in dem Wagnerschen Buche von einem Ohrenzeugen berichtet wird. Es stehen in dem Buche noch andere schöne Sachen (Heiterkeit). Sie erlauben ja bei Ihnen die Kritik, blos die verfluchten Sozialdemokraten dürfen es nicht erfahren, die hängen es an die große Glocke. Derselbe Geist der Unsittlichkeit, den Herr Wagner gekennzeichnet, spricht auch aus dem Programm für die militärischen Herrenabende. Mir ist es nur um die Sache selbst zu thun. Wenn Sie (zu den Nationalliberalen) jetzt die Sache anders ansehen als früher, so liegt das daran, daß bei der Vermehrung der Armee die adeligen Offiziere in die Minderzahl gekommen sind, daß jetzt Ihre Söhne Offiziere werden. Bei uns liegt die Sache anders: 10000 neue Soldaten heißt 10000 Arbeiter kommen zum Militär, deshalb müssen wir uns mit den Uebelständen in der Armee immer mehr beschäftigen. Bei ihnen hat die veränderte Situation auch zu einem ganz veränderten Fühlen und Denken geführt. Von dem Kriege von 1870 habe ich gar nicht gesprochen, weil ich ganz sachlich bleiben wollte. Die patriotischen Phrasen, die Herr von Bennigsen daran knüpfte, braucht er nach Außen hin. (Herr v. Stumm macht dem Redner seine Gesten nach.) Herr v. Stumm, Sie machen mir hier nach, Sie gehören ja auch zu den Gebildeten und Besitzenden in Gänsefüßchen (große Heiterkeit). Niemals war ich so sachlich wie gestern und heute. Ich habe nur meine Pflicht gethan und werde mich um kein Jota durch Ihre Angriffe von meiner Pflicht abwendig machen lassen. Sorgen Sie nur dafür, daß die Zustände besser werden (Bravo bei den Soz).

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt

Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Meine Erziehung ist freilich eine andere als die des Herrn Bebel. Jede Beschimpfung des Abg. Bebel ist für mich eine Ehre. (Abg. Bebel ruft: Umgekehrt auch.)

Das Gehalt des Kriegsministers wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr: Militäretat.

Schluß 6½ Uhr.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Der Senat, welcher mit dem Ministerium Bourgeois unzufrieden ist, weil dieses rücksichtslos gegen die reichen Spitzbuben vorgeht, hat in seinem Aerger sich hinreißen lassen, demselben ein Mißtrauensvotum zu erteilen, weil der Justizminister einen Wechsel in der Person des Untersuchungsrichters in der Südbahnangelegenheit habe eintreten lassen. Blätter, welche von Politik gar nichts verstehen, wie z. B. die „B. Ztg.“, wollten daraus den baldigen Sturz des Ministeriums prophezeien. Nunmehr hat das Ministerium in der Deputiertenkammer, welche für seinen Fortbestand allein maßgebend ist, einen großen Sieg davongetragen, wie folgende Nachrichten aus Paris mitteilen:

Paris, 13. Februar. Deputiertenkammer. Es herrscht große Erregung bei überaus großem Andrang. Pams (radikal) bringt eine Interpellation ein über die jüngsten Zwischenfälle betreffs der Untersuchung in der Südbahn-Angelegenheit. Redner bemängelt es, daß der Senat Angaben ohne Beweis angenommen habe und gegen das Kabinett oppositionell aufgetreten sei. (Protestrufe im Zentrum, Beifall auf der äußersten Linken, Tumult.) Pams greift in seiner weiteren Rede den Senat wiederholt an. Brisson versucht den Redner zu unterbrechen, ist aber durch den Lärm auf der äußersten Linken nicht vernehmbar. Zum Schluß frägt Pams, ob das Kabinett entschlossen sei, das Werk der Gerechtigkeit weiter zu führen. Der Justizminister erwidert, die Kammer habe dem Kabinett den Auftrag gegeben, Aufhellung in die Südbahn-Angelegenheit zu bringen, welche der Senat zu verhindern versucht habe. Der Justizminister Ricard rechtfertigt hierauf den Wechsel des Untersuchungsrichters. Er, Ricard, ließ einen Wechsel eintreten, um die Untersuchung zu beschleunigen. Es sei unrichtig, daß der erste Richter in einem an ihn gerichteten Briefe dagegen Verwahrung eingelegt habe. Der Minister erklärt, die volle Verantwortlichkeit für seine Handlungsweise übernehmen zu wollen, er werde fortfahren, die Wahrheit ans Licht zu bringen; es verstehe sich von selbst, daß seine Befehle zur Ausführung gelangen. (Lebhafter Beifall auf der Linken. Einige Stimmen fordern den öffentlichen Anschlag der Rede. Die Bewegung hält an.)

— Die Kammer nahm in der Südbahn-Angelegenheit mit 326 gegen 43 Stimmen eine von Bourgeois verlangte Tagesordnung an, durch welche dem Kabinett das Vertrauen ausgesprochen wird. Eine vom Zentrum verlangte Tagesordnung wurde mit 341 gegen 222 Stimmen abgelehnt.

Partei-Nachrichten.

Um die Solinger Wirren richtig würdigen zu können, verdient noch bemerkt zu werden, daß die bereits mitgeteilte Versammlung der Anhänger Schumachers in einem boykottierten Lokale stattfand. Der Boykott wurde über das Lokal deshalb verhängt, weil der Wirt sich weigerte, es zu sozialdemokratischen Versammlungen zur Verfügung zu stellen! Am letzten Sonntag fand ebenfalls eine Kreisversammlung des Wahlkreises Solingen statt, die stark besucht war und folgende Resolution annahm:

„Die heute, am 9. Februar 1896, tagende Kreisversammlung der Parteigenossen des Wahlkreises Solingen erklärt sich mit den Beschlüssen des rheinischen Provinzial-Parteitags zu Solingen vollständig einverstanden, insbesondere aber mit dem Beschluß, wodurch der Reichstageordnete Schumacher für unwürdig erklärt wird, innerhalb der sozialdemokratischen Partei ein Vertrauensamt zu bekleiden.

Die Kreisversammlung erblickt in dem grundfalschen taktischen Vorgehen Schumachers und in dessen persönlich gehässigen Angriffen auf das Solinger Parteiorgan und ihm unbequeme Parteigenossen die fortwährende Ursache der Streitigkeiten, den Hemmschuh der Parteiorganisation und des Fortschrittes der örtlichen Parteibewegung überhaupt. Die Versammlung richtet deshalb an den Parteiausschuß, resp. an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Ersuchen, den Reichstagsabgeordneten Schumacher als Mitglied der Fraktion nicht mehr anzuerkennen.

Das Bureau wird beauftragt, dem Parteiausschuß und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion diese Resolution zu unterbreiten.“

Parlamentarische Nachrichten.

Den Fleischern wird angst und bange wegen der Maßnahmen der Agrarier gegen die Margarine. Eine Eingabe des „Deutschen Fleischerverbandes“ im Reichstag hebt hervor, daß „die schweren fetten Ochsen aus den östlichen Provinzen viel schwieriger und nur zu erheblich niedrigeren Preisen unterzubringen seien, sobald eine Verwendung ihres Talges zu Premier jus, dem Rohstoffe für Margarine ausgeschlossen wäre. „Nach den von uns angestellten Ermittelungen wird allein in den Städten Barmen-Elberfeld und Krefeld 12 000 Zentner Rohfett jährlich zu Margarinezwecken aufgekauft und verarbeitet und läßt sich aus diesen Zahlen schon ersehen, von welcher Bedeutung und tiefeingreifender Wirkung der Ausfall in der Verwertung des Fettes zu Speisezwecken und der Zwang, dasselbe nur zu technischen Zwecken zu verwerten sein würde.“ Der Preis des Maschinentalges sei jetzt schon ein gedrückter und von einer Verwertung des auf den öffentlichen Schlachthöfen und sonst gewonnenen Rohtalges zu letzterem Zwecke könne nur unter ganz erheblichen Opfern die Rede sein. „Eine Verteuerung des Fleisches müßte naturgemäß eintreten, da der Fleischer bei den bestehenden ungünstigen Geschäftsverhältnissen auf die möglichst hohe Verwertung der sogenannten Abfälle, Häute und Fett angewiesen ist, und diesen Ausfall durch Erhöhung der Fleischpreise auf das konsumierende Publikum abwälzen müßte.“

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 17. Februar.

— **Maurerversammlung.** Am Sonntag den 9. Febr. fand im Lokale des Herrn Fohrmann die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Bielefeld, statt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde das Vorgehen der Maurermeister Altenhöner und Klarhorst einiger Verbandsgesellen gegenüber einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde aber beschlossen, uns vorläufig dieser Maßregelung gegenüber kühl zu benehmen und wurden die Kollegen, besonders die bei Klarhorst arbeiten, aufgefordert, jetzt erst recht für den Verband zu agitieren. Sollte aber bei irgend einem Meister eine neue Maßregelung erfolgen, so ist hiervon sofort der Bevollmächtigte zu benachrichtigen, welcher alsdann sofort eine öffentliche Maurerversammlung einzuberufen hat, um darauf die gebührende Antwort zu geben. Ferner wurde eine Kommission, bestehend aus 3 Mann, mit der Ausarbeitung eines Flugblattes beauftragt, welches am nächsten Sonntag im lippischen Lande unter den Maurern daselbst verbreitet werden soll. Auch wurde ein Antrag dahin lautend angenommen, in der Lippeschen Post und Landeszeitung durch ein Inserat über die hiesigen Verhältnisse aufzuklären. Während der Versammlung hatten sich 12 Mann in den Verband aufnehmen lassen.

Gerichtliches.

Leipzig, 10. Februar. Reichsgericht gegen Reichsgericht. Die Frage, ob durch die kritische Beurteilung der Vorfahren einer fürstlichen Person diese selbst beleidigt werden könne, beschäftigte gestern den 3. Strafsenat des Reichsgerichts, wie sie am vorigen Freitag den 4. Strafsenat beschäftigt hat. Das Ergebnis war ein anderes wie kürzlich. Es handelte sich um denselben Zeitungsartikel in beiden Prozessen. Die beiden Angeklagten, Redakteure sozialdemokratischer Blätter, hatten ihn aus einem anderen Blatte abgedruckt. Während aber der Redakteur Zahn in Breslau auf Grund des Artikels wegen Beleidigung des Kaisers verurteilt wurde, ist der Redakteur des „Volkswillen“, Wilhelm Thielhorn in Hannover, vom dortigen Landgericht am 28. Oktober v. J. freigesprochen worden. Während der 4. Strafsenat bei der Verhandlung über die Revision Zahns die Oeffentlichkeit ausschloß, verhandelte heute der 3. Strafsenat öffentlich über die Revision der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Thielhorns. Der fragliche Artikel verdankt seine Entstehung offenbar der bekannten Rede des Kaisers, in welcher die Worte von der „vaterlandslosen Rotte“ vorgekommen sein sollen. Der Verfasser des Artikels macht nämlich einen Exkurs in die Vergangenheit des hohenzollernschen Hauses, um nachzuweisen, daß ein Anlaß, derartige Worte zu gebrauchen, nicht vorlag. Er nahm dabei Bezug auf die Handlungsweise zweier brandenburgischer Kurfürsten, die vor etwa 400 Jahren gelebt haben, hielt sich aber streng an die historisch beglaubigten Thatsachen. Das Gericht in Hannover betont diesen letzteren Umstand ausdrücklich. Es sagt ferner, in dem Artikel, der auch nicht ironisch gehalten sei, sei weder offen noch versteckt zum Ausdruck gebracht, daß die inkriminierten Worte (mit denen die Handlungsweise der beiden Kurfürsten charakterisiert war) auf den Kaiser sich beziehen sollen. Die Apostrophe an den Kaiser sei zwar nicht angemessen, enthalte aber keine Beleidigung.

Die Revision der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Thielhorns legte Gewicht auf den Umstand, daß der „Volkswille“ kein Blatt sei, welches sich sonst mit historischen Untersuchungen abgebe. Ferner wurde die Ansicht des Gerichts, daß es keine mittelbare Beleidigung gebe, als unrichtig bezeichnet.

Reichsanwalt Schumann erklärte, die Revision nicht vertreten zu können. Dieselbe richtet sich, so führte er aus, zum Teil gegen die Rechtsprechung des Reichsgerichts, welches erklärt hat, daß es eine mittelbare Beleidigung nicht giebt. Der Senat wird auch keine Veranlassung haben, gerade mit Bezug auf diesen Fall von jener Rechtsauffassung abzuweichen. Abgesehen davon, scheitert die Revision an der Auslegung, die der Artikel durch das Landgericht erfahren hat. Dasselbe ist auf grund eingehender Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Artikel weder mittelbar noch unmittelbar auf den Kaiser sich bezog und daß der Wille des Angeklagten nicht dahin gegangen ist, den Kaiser zu treffen. Auch ist festgestellt, daß der Angeklagte nicht habe annehmen können und nicht angenommen habe daß etwa in diesem Sinne der Artikel seitens der Leser des Blattes habe aufgefaßt werden können. Mit Rücksicht auf diese in der Revisionsinstanz nicht angreifbare Feststellung mußte das Landgericht notwendig zur Freisprechung gelangen. Daß hierbei der Begriff der Majestätsbeleidigung verkannt sei, läßt sich nicht behaupten. Richtig ist ja, daß in Breslau wegen des gleichen Artikels Verurteilung eingetreten ist, und daß der vierte Strafsenat vorigen Freitag die Revision des Angeklagten verworfen hat. Das Breslauer Urteil enthält aber eine ganz andere Auslegung des fraglichen Artikels. Auf grund der Breslauer Feststellungen mußte allerdings Verurteilung eintreten. Der Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in Kiel, die den Artikel auch abgedruckt hat, ist ebenso wie der jetzige Angeklagte freigesprochen worden. Derartige Vorgänge mögen bedauerlich sein, aber die Revisionsinstanz steht ihnen machtlos gegenüber, weil sie an die thatsächlichen Feststellungen gebunden ist; es steht nicht in ihrer Macht, hier selbst Abhilfe zu schaffen.

Gemäß diesen Ausführungen erkannte der dritte Strafsenat des Reichsgerichts auf Verwerfung der staatsanwaltlichen Revision.

Nur so weiter: so muß die heutige Rechtspflege, und voran das oberste Gericht Deutschlands, immer mehr den Widerspruch gegen sich selbst im Volke hervorrufen: der nämliche Artikel bringt dem einen Redakteur einige Monate Gefängnis, dem anderen gänzliche Freisprechung. Was ist da Recht?

Soziales.

Von dem Vermögensstande der reichsten Leute in Preußen giebt (der „Freis. Ztg.“ zufolge) die soeben dem Abgeordnetenhause mitgeteilte Statistik der preußischen Einkommen- und Ergänzungssteuer-Veranlagung für 1895/96 folgendes Bild: Der reichste Privatmann in Preußen ist noch immer Krupp in Essen. Er versteuerte im Jahre 1894/95 ein Einkommen von 6 585 000 bis 6 590 000 M. und zahlt für dieses laufende Jahr 1895/96 mit 285 000 M. die Kleinigkeit von 22 000 M. Steuer mehr als im Vorjahre, da er sein Einkommen auf 7 135 000—7 140 000 M. eingeschätzt hat; im Jahre 1893/94 hatte er freilich sein Einkommen noch um die Kleinigkeit von 50 000 M. höher, auf 7 190 000 M. angegeben. Zum Vergleich sei übrigens daran erinnert, daß der Kaiser als König von Preußen jährlich eine Krondotation von 15½ Mill. M. bezieht. Auch Rothschild, dem zweitreichsten Privatmann in Preußen, geht es wie Krupp im Jahre 1895/96 besser, als im Vorjahre. Dieser Krösus war noch 1893/94 mit einem Einkommen von nur 5 840 000 bis 5 845 000 M. zu einem Steuersatz von 233 6000 M. veranlagt, im Jahre darauf hatte er 5 875 000 M. zu verzehren — Steuersatz 235 900 M. — und in diesem Jahre 1895/96 konnte er bei Ueberschlagung seines Einkommens vor die sechs Nullen eine 6 setzen: er berechnet jetzt sein Einkommen zu 6 115 000 M., also um fast eine Viertelmillion höher, als im Vorjahr, wofür er ein Mehr an Steuern im Betrage von 9000 M. zahlen muß. Bisher pflegte die dritte Stelle im Kreise der Reichsten ein Bewohner des Regierungsbezirks Oppeln (v. Thiele-Winkler) einzunehmen, dann folgte in etwas weitem Abstande ein Berliner (Bleichröder) — so ging es Jahre lang. Kein „Parvenu“ störte diesen trauten Bund. In diesem Jahre drängt sich da plötzlich ein Bewohner des Regierungsbezirks Kassel an die dritte Stelle und bildet sich am Ende gar ein, ein „kleiner“ Rothschild zu sein. Dieser Kasselaner behauptet, ein jährliches Einkommen von 3 035 000 M. zu haben und will dafür 123 400 M. Steuern zahlen. Wo war er denn in den Vorjahren? 1894/95 versteuerte der reichste Mann in Kassel 2 295 000 M. (Steuersatz 91 800 M.) und noch ein Jahr früher gab es in Kassel nicht einmal einen Mann, der auch nur 2 Millionen M. Einkommen hatte, der reichste zahlte 77 000 M. Steuer für ein Einkommen von 1 925 000 Mark. Das Vermögen des reichsten Mannes im Regierungsbezirk Oppeln (v. Thiele-Winkler) dagegen ist noch dem Tode des Familienoberhauptes in der Auflösung begriffen: 1893 betrug sein Einkommen noch über 4 120 000 M. zu einem Steuersatz von 164 800 M., im Jahre darauf ist das Einkommen des reichsten Oppelners infolge Erbteilung auf 2 950 000 M. zurückgegangen und für 1895/96 noch weiter auf 2 680 000 M. Daneben tauchen in diesem Jahre plötzlich zwei andere Oppelner Privatleute auf, der eine mit einem Einkommen von 2 675 000 M., der andere allerdings nur mit einem knapp 2 Millionen (2 170 000 M.). Der reichste Berliner — natürlich ziehen wir in dieser ganzen Statistik nur die physischen Personen in betracht, sehen also von den juristischen Personen, Aktiengesellschaft u. s. w. ab — versteuert fast 3 Millionen, genau über 2 995 000 M. mit einem Steuersatz von 119 800 M. (im Vorjahre 2 410 000 M.). Er rangiert also nächst dem Kasselaner als vierter in dem Reigen der preußischen Krösusse. An fünfter, sechster und siebenter Stelle folgen dann die drei reichsten Oppelner, an achter ein Landbewohner im Regierungsbezirk Breslau mit 2 080 000 M. Einkommen, an neunter Stelle ein Landbewohner im Regierungsbezirk Trier (Herr von Stumm?) mit 2 065 000 M. Einkommen, er schließt würdig die Reihe der Leute mit mehr als 2 Millionen jährlichen Einkommen ab. Im Jahre 1894/95 gab es nur 7 Leute mit mehr als 2 Millionen Einkommen und 1893/94 deren vier. Weitere 13 Personen hatten 1895/96 ein Einkommen von 1—2 Millionen (gegen 18 im Vorjahr).

Berlin, 14. Februar. Ein Proletarier-Weihnachten. Eine traurige Weihnachtsgeschichte wurde gestern von einer wegen Diebstahls angeklagten Arbeiterfrau unter Thränen dem Schöffengerichte mitgeteilt und die Erzählung machte in ihrer Einfachheit sichtlichen Eindruck auf den Gerichtshof. Frau R. ist die bis jetzt völlig unbescholtene Frau eines Formers. In ihrer Häuslichkeit sah es zur Weihnachtszeit recht traurig aus: der Mann ohne dauernde Arbeit, von den sieben Kindern das jüngste krank, Not und Elend ein ständiger Gast — was Wunder, daß das schöne Lied von der „fröhlichen“ Weihnachtszeit in diesen Räumen keinen Widerhall fand. Es war am Abende vor Weihnachten, als die Frau bekümmerten und wehmütigen Herzens durch die hell erleuchteten Straßen schlich. Der Strahlenglanz, welcher von den prächtig ausgestatteten Schaufenstern aus den Bürgersteig beleuchtete, verdüsterte ihr Herz immer mehr, denn sie dachte daran, daß bei all dem Glanze um sie her es ihr noch nicht möglich gewesen sei, auch nur einem ihrer Kinder eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Halb im Traum war sie vor dem großen Wertheimschen Verkaufladen in der Oranienstraße angelangt, lange betrachtete sie die in den Schaufenstern in buntem Durcheinander ausgelegten Kostbarkeiten, dann trat sie plötzlich mit kühnem Entschluß in den Laden. Da flutete die kauflustige Menge hin und her und niemand achtete des blassen Weibes, welches mit einem Korbe am Arm sich ziellos von dem Menschenstrome treiben ließ. Als sie nach einiger Zeit das Geschäft wieder verlassen wollte, wurde sie angehalten, da bemerkt worden war, daß sie mehrere ungekaufte Gegenstände in ihrem Korb hatte verschwinden lassen. Es fand sich in dem Korbe denn auch wirklich ein kleines Spielwaren-Lager, bestehend aus Blechtrompeten, einem Gummiball, allerlei Schmucksachen u. dergl. vor. Die Frau hatte der Versuchung nicht widerstehen können, auf dem Wege des Diebstahls einige Christgeschenke für ihre Kinder sich zu verschaffen. Sie gestand ihr Vergehen ohne weiteres zu und versicherte dem Gerichtshofe, daß sie selbst nicht wisse, wie sie dazu gekommen sei. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die ganze Sachlage selbst das niedrigste Strafmaß von einem Tage Gefängnis, auf welches der Gerichtshof auch erkannte. Der Vorsitzende erklärte, daß er sich nach den Verhältnissen der Angeklagten erkundigen und — falls ihre Angaben sich bestätigen sollten — ein Gnadengesuch befürworten wolle.

Kirche und Schule.

Aus einer christlichen Schule. Ein interessantes Beispiel klösterlicher Schuldisziplin bot, den „Münch. N. Nachr.“ zufolge, eine am 10. d. Mts. beim Schöffengericht in Augsburg zum Austrag gekommene Privatbeleidigungsklage. Der anwesende Rektor der Studienanstalt St. Stephan wurde über die Zensur eines nun in Nördlingen weiter studierenden Schülers befragt, die dieser erhielt, als er die Studienanstalt St. Stephan verließ. Der Zeuge bezeichnete den Knaben als heimtückisch und hinterlistig. Dieser Aussage wurde entgegengehalten, daß der Knabe bei seinem Austritt über seinen Charakter ein ausgezeichnetes Zeugnis erhalten habe, worauf durch den Herrn Rektor aufklärend bemerkt wurde, daß es an der Anstalt zwei, eine geheime und eine öffentliche Zensur gebe. Seine Zeugenaussage basierte auf der geheimen Zensur. Wie gefällt dem Zentrum diese „doppelte Buchführung“ in einer Anstalt, die jedenfalls den strengsten ultramontanen Anforderungen entspricht?

Militärisches.

Was man Militäranwärtern bietet. Ein Militär-

druck. Der Zweck, den der Abg. Bebel mit dem regelmäßigen Vortrag von unbewiesenen Soldatenmißhandlungen hier verfolgt, ist der, zu agitieren, Väter und Mütter mit Mißtrauen gegen die Armee zu erfüllen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Desertionen vorgekommen sind, so betreffen sie Landstreicher und Stromer, die einen sehr ausgeprägten Wandertrieb besitzen und im Nichtsthun die angenehmste Beschäftigung sehen. (Abg. Bebel: Beides thun auch hochgestellte Leute.) Seitdem wir die unsicheren Kantonisten nicht mehr an der Grenze einstellen, kommen diese Desertionen nicht mehr vor. Die Zeugnisse der Militärärzte sind mir wertvoller als die Reden des Herrn Bebel und die seiner sämtlichen Kollegen. Auf die 17 oder 18 Punkte, die er sonst noch berührt hat, will ich nicht weiter eingehen. Wir könnten uns sonst bis übermorgen unterhalten und ich sehe, daß einige seiner Kollegen ja auch noch Lust zu sprechen haben. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus persönlichen Gründen bin ich gegen die Bewilligung der M. 36000 Gehalt des Ministers. Wir müssen uns fragen, ist die Leitung der Militärverwaltung ein solches Gehalt wert? Da muß ich sagen, der Kriegsminister ist weder in seiner Eigenschaft als etwaiger Schauspieldirektor noch in seinem Auftreten in der Rolle des Pistol oder des Zigeunerbarons M. 36000 wert. (Große Unruhe rechts. Rufe: Zur Ordnung!) Für das Weiterspielen dieser Rollen halten wir eine Besoldung von M. 36000 zu hoch. (Erneute Unruhe rechts.) Für derartige Figuren ist nicht das Geld der Steuerzahler da. Die Angelegenheit mit dem Hauptmann von Strombeck liegt nicht so, wie der Kriegsminister dargestellt hat. Ich habe gestern die Akten in der Klage gegen den Gewährsmann Bebels, den Gutsbesitzer Dommatsch, durchgesehen. Darin giebt der Staatsanwalt selber zu, daß Hauptmann v. St. die Leute angestoßen habe. Manche halten es unter allen Umständen für unwürdig, die Mannschaften zwecks Erzielung von Dienstleistungen körperlich zu berühren. Auch sind in dem Prozeß die von Dommatsch benannten Zeugen noch nicht vernommen worden. Ich erwarte, daß sich die Wahrheit seiner Angaben herausstellen wird. Wir werden die Militärmißhandlungen so lange hier vortragen, bis entweder die Uebelstände abgestellt sind, oder bis sich auch die bürgerlichen Parteien bewogen fühlen, diesem Kriegsminister, der den von uns mitgeteilten Fällen gegenüber keinen anderen Ton finden kann, als er ihn findet, das Gehalt zu streichen! (Beifall bei den Soz. Lachen rechts.)

Generalleutnant v. Spitz: Es ist gesetzlich festgestellt, daß Soldaten, die infolge der Mißhandlung eines Vorgesetzten erwerbsunfähig werden, eine Dienstentschädigung zuzuerkennen ist.

Abg. Graf v. Roon (K.): An die Mißhandlungsreden der Sozialdemokraten sind wir mit der Zeit schon gewöhnt worden, aber man könnte doch schließlich aufgebracht werden, wenn das Haus fortdauernd durch solche ungehörigen Reden ennuyiert wird. . .

Vizepräsident Schmidt ersucht den Redner, nicht in die Befugnisse des Präsidenten einzugreifen, der allein darüber zu befinden habe, was gehörig oder ungehörig sei (Beifall links).

v. Roon: Der Abg. Bebel hat das Wort ungehörig auf einen Obersten angewendet und da dachte ich . . .

Vizepräsident Schmidt: Es ist aber etwas anderes, wenn Sie diesen Ausdruck auf das parlamentarische Verhalten eines Mitgliedes anwenden.

v. Roon; Ich habe nur erklären wollen, daß ich gegen die Bewilligung des Gehalts für den Kriegsminister nichts einzuwenden habe (Lachen links). Ich bewundere vielmehr den Humor, mit dem er seine Sache vertritt (Beifall rechts.) Dann wollte ich aber den Christlichen Verein junger Männer gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, daß er Politik treibe. Hofprediger Stöcker, der zu meinem Bedauern aus der konservativen Partei ausgeschieden ist, hat mit dem Verein gar nichts zu thun. Die Verminderung der Selbstmorde führte Abg. Bebel auf die Armeereorganisation zurück. Das halte ich nicht für gerechtfertigt. Sachverständige sind der Ansicht, daß die neue Einrichtung unhaltbar sei und daß wir zu der bewährten Organisation zurückkehren müssen, mit der wir Frankreich geschlagen haben (hört! hört! links). Das Duell halten wir für ein notwendiges Uebel, das sich aber leider nicht immer vermeiden läßt, so lange die Menschen keine Engel sind. Die Strafe überlassen wir Gott (Lachen). Daß in der Armee besonders unsittliche Zustände herrschen, kann ich nicht zugeben. Es ist dort wie allerwärts. Lassen Sie sich also durch die Behauptungen der Sozialdemokraten nicht irre machen in der Vorzüglichkeit unserer Armeezustände (Beifall rechts).

Abg. Lieber (Z.): Der Herr Kriegsminister hat es abgelehnt, aus Rücksicht auf uns, auf die Fälle, die Abg. Bebel hier vorgetragen hat, im einzelnen einzugehen. Ich bedauere das. Ich habe mit dem Abg. Bebel manchmal hart gestritten, aber ich habe ihn niemals anders als ernst genommen, und ich glaube auch die Mehrzahl der Mitglieder dieses Hauses. (Sehr wahr! im Zentrum und links.) Der Herr Kriegsminister hatte es doch leicht, zu erklären, soweit die Dinge begründet sind, werde ich Abhilfe eintreten lassen. Wir müssen verlangen, daß über alle Beschwerden volle Aufklärung geschaffen werde. (Beifall.) Wir machen also auf die Rücksichtnahme des Kriegsministers keinen Anspruch. Herr Bebel ist nämlich keineswegs der einzige, der Beschwerde zu führen hat. Wir verurteilen das Duell ohne jede Einschränkung. Es liegt mir durchaus fern, dem Grafen Roon in seiner unbegreiflichen Entschuldigung des Duells zu sekundieren. Wir verurteilen jede einzelne Soldatenmißhandlung auf das Schärfste. Aber die Erfahrung gebietet uns, hier doppelt vorsichtig zu sein und nicht auf Grund einseitiger Darstellung ein Urteil abzugeben. Sind aber Mißhandlungen erwiesen, so sorgen wir nach Kräften für Abstellung. Ragen sie doch als unerträglicher Anachronismus aus der Zeit des Werbe- und Soldwesens in die Zeit der Volksheeres hinein. (Beifall.) In dem Fall des Streikbruchs in Frankfurt a. O. finde ich nichts Tadelnswertes. Herr Bebel hat über die Unsittlichkeit in der Armee gesprochen. Was er als Material auf den Tisch des Hauses gelegt hat, ist in der That so haarsträubender Natur, daß es dafür keinen parlamentarischen Ausdruck giebt. Aber das Material entbehrt der Schlüssigkeit auf die Armee. Es bezieht sich auf Kriegervereine, auf die die Militärverwaltung keinen Einfluß hat. Daß die Soldaten ähnlich beschaffen sind, scheint mir ein voreiliger Schluß. (Beifall.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Der Vorredner beschwerte sich über die Art und Weise, wie ich die Rede des Abg. Bebel beantwortet habe. Ich kann zu meiner Freude konstatieren, daß seine Ansicht nicht von allen seinen Parteigenossen geteilt wird. (Bewegung im Zentrum.) Er scheint auch meine gestrige Rede nicht gehört zu haben (Große Unruhe und Widerspruch im Zentrum), sonst hätte er hören müssen, daß ich über eine Reihe von Fällen amtlich Auskunft gegeben habe. Das werde ich auch in Zukunft thun, soweit mir amtliches Material zur Verfügung steht. (Bravo! rechts.)

Abg. Haußmann (Sd. Vp.): Es ist von unserer Seite zu diesen Fragen nicht so oft gesprochen worden, weil unser Standpunkt in diesen Fragen schon wiederholt festgelegt worden ist. Man möge Resolutionen stellen und wird sehen, daß wir für dieselben stimmen werden. Solche Resolutionen wären ganz angebracht, nachdem heute von der Rechten das Duell wieder sozusagen als notwendige Staatsinstitution hingestellt worden ist. In Lohnkämpfe hat sich der Staat in keinem Falle einzumischen, deshalb halten auch wir die Einmischung des Oberst Liebert für ungehörig. Ueber die Rede des Abg. Bebel können sich die nicht wundern, die immer einseitig über die Unsittlichkeit in den unteren Klassen urteilen. Der Abg. Bebel ist zu sanguinisch gewesen, als er sagte, die Behandlung der Soldaten sei in den letzten Jahren besser geworden. Das ist nach meinen Beobachtungen nicht der Fall. (Abg. Bebel ruft: hört! hört!) Es herrscht ein nicht wünschenswerter Geist im Heere, es fehlt noch immer den Soldaten jeder Rechtsschutz. Selbstmorde, Geisteskrankheit sind in zahlreichen Fällen die Folgen von Mißhandlungen. Das Bedürfnis nach einer Militärstrafprozeß-Reform ist das fühlbarste. Ueber die Reform will ich den Kriegsminister nicht interpellieren, ich nehme an, daß die Reform noch nicht auf dem toten Geleise angekommen ist, weil der Herr Minister noch diesen Etat vertritt. Ich hoffe aber auf eine Erklärung, daß wir die Reform spätestens in der nächsten Session vorgelegt erhalten. Dem Urteil über den Wert militärärztlicher Zeugnisse kann ich mich nicht ganz anschließen, aber die Thatsache besteht, daß die Militärärzte häufig abgestumpft sind und häufig Simulanten von wirklich Kranken nicht unterscheiden können. Es liegt im Interesse der Militärverwaltung, auch hier Besserung zu schaffen.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Die Abfassung falscher militärischer Berichte gehört zu den schwersten Vergehen. Ich weise die Angriffe des Vorredners zurück. Die wissenschaftlichen Qualitäten der Militärärzte brauche ich nicht zu verteidigen, sie erfreuen sich höchster Anerkennung im In- und Auslande.

Abg. Spahn (Z.): Die Annahme des Kriegsministers ist irrig, daß Abg. Lieber nur im Namen eines Teils des Zentrums gesprochen hat. Die ganze Fraktion ist Dr. Liebers Meinung. Wir finden sogar, daß seine Kritik noch zu wohlwollend gehalten war.

Abg. Dr. Schönlank (Soz.) verliest unter großem Lärm der Rechten eine Rede des früheren Jesuitenpaters Grafen Hoensbroech, die dieser im Verein christlicher junger Männer gehalten hat und eine Kulturkampfsrede stärksten Kalibers war, um zu beweisen, daß in diesem Verein Politik getrieben wird.

Abg. Dr. von Bennigsen (Natl.): Das Duell ist ein großes Uebel, aber doch noch in manchen Fällen unter den heutigen Zuständen notwendig. In England sei das Duell so gut wie beseitigt und so sei die Hoffnung nicht aufzugeben, daß wir auch in Deutschland diesen Zustand erreichen. Die Angriffe des Abgeordneten Bebel auf die Armee sind ja erklärlich. Ohne die Beseitigung der Armee sind Herrn Bebels Pläne ja nicht zu verwirklichen. Erfreulich sei aber das Anerkenntnis, daß er die Zustände in der österreichischen Armee für schlechter hält als in der deutschen Armee. Wenn aber der Geist im deutschen Heere wirklich so roh wäre, wäre dann der letzte furchtbare Krieg so human geführt worden, wie er geführt worden ist? Herr Bebel übertreibt, indem er einzelne böse Erscheinungen generalisiert. Solche Angriffe mögen jedes Jahr wiederholt werden, die Ueberzeugung wird man im Lande nicht teilen, daß etwas faul im Heere sei. Wir werden uns dadurch die Freude an der herrlichen Institution, die uns unser stolzes Heer bietet, nicht verderben lassen.

Abg. Graf Bernstorff (Rp.) erklärt als Vorstandsmitglied des Vereins christlicher junger Männer, daß der Verein keine Politik treibe. Zu dem Vortrage des Grafen Hoensbroech sei der Saal nur vermietet worden. Das Duell halte er für ein Uebel und zwar für kein notwendiges, sondern für ein sehr überflüssiges. Der Konsistorialrat, der sich duelliert hatte, sei aus der kirchlichen Verwaltung ausgetreten und in die Staatsverwaltung übergetreten.

Abg. Werner (Antis.): Heute haben die Sozialdemokraten Bebel, Stadthagen und Schönlank gesprochen. Ich frage die Herren, ob einer von ihnen gedient hat. Ich habe gedient, und weiß, daß alle Angriffe gegen die Armee unberechtigt sind. Die Angriffe der Sozialdemokraten haben nur den Zweck, zu hetzen und sozialdemokratisches Gift in die Armee zu träufeln. Aber ihre Bemühungen werden an dem deutschen Geist der Armee und der Energie der Heeresverwaltung scheitern.

Abg. Haußmann (südd. Vp.): Der Kriegsminister bleibt in seiner Polemik immer nur an der Oberfläche der Worte. Er schiebt mir Dinge unter, die ich nicht gemeint habe. Weil das ganze Militärstrafprozeßverfahren einseitig ist, müssen auch die Berichte der Vorgesetzten an den Kriegsminister einseitig sein. Das Prozeßverfahren muß reformiert und in das Licht der Oeffentlichkeit gestellt werden, dann thun wir den Sozialdemokraten den größten Abbruch. (Beifall links.)

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff erkennt an, daß er sich geirrt haben könne in der Auffassung der ersten Rede des Vorredners.

Abg. Schall (Kons.) (Allgemeines Oh!) Ich werde Ihnen keine lange Nachmittagspredigt halten. (Heiterkeit.) Ich will nur meine Stellung zum Duell nochmals präzisieren. Ich verurteile das Duell vom christlichen Standpunkt aus und halte es in keinem Falle für entschuldbar. Ich habe nur im Falle Kirchhoff gesagt: es wird begreiflich sein, wenn derartige Fälle hier und da vorkommen. Ich glaube mich damit ein für alle Mal von dem Vorwurf gereinigt zu haben, daß ich ein Verteidiger des Duells bin und teile nicht den Standpunkt des Grafen Roon. Der Hofprediger Frommel hat durchaus nicht gesagt, daß die Armee eine Schule der Unzucht sei. Er bestreitet es entschieden. Seit langen Jahren bin ich Ehrenmitglied der Kriegervereine. Von solchen Herrenabendprogrammen habe ich nie etwas gehört. Wenn so etwas vorgekommen ist, so bedaure ich es. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, daß die Kriegervereine patriotische Stützen des Staates sind, die grade deshalb von den Sozialdemokraten gehaßt werden. Unsittlichkeiten in der Armee kommen vor; meistens sind sie aber von außen hereingetragen. Das Institut der Militärseelsorge muß erweitert werden.

Abg. Schultze (Soz.) bringt einen weiteren Fall des Streikbruchs durch Soldaten zur Sprache, der noch viel bedenklicher sei, als der Fall aus Frankfurt a. O. In Königsberg i. Pr. streikten die Klempner. Dort stellte der Kommandeur den Meistern elf Soldaten zur Verfügung, ohne daß die Gefahr des Verderbens eines nicht vollendeten Arbeitsproduktes vorlag. Die Arbeiter verlangen, daß derartige Vorkommnisse ein für allemal unmöglich gemacht werden.

Abg. Bebel (Soz.): Ich bin mit dem Verlauf der Verhandlungen gestern und heute außerordentlich zufrieden. Ich habe meine Rede heute absichtlich so zugespitzt, daß ich die Vertreter der bürgerlichen Parteien herauslockte, selbst den Herrn von Bennigsen aus seiner Höhle (Heiterkeit), der eine von fanatischem Haß gegen die Sozialdemokratie durchtränkte Rede gehalten hat. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Ich habe durchaus nicht, wie Abgeordneter Lieber meinte, mir etwas darauf zu Gute gethan, daß nur meine Partei Kritik an der Militärverwaltung übe. Ich erkenne bereitwillig an, daß auch vereinzelt Mitglieder anderer Parteien hier Kritik üben, und daß besonders der Abg. Haußmann mich beim Thema der Militärmißhandlungen kräftig unterstützt hat. Trotzdem habe ich das Gefühl, als würde von seiten der bürgerlichen Parteien nicht entfernt mit der nötigen Energie gegen die Mißstände vorgegangen. Es ist meine ehrliche Ueberzeugung, daß die deutsche Armee hochsteht im Vergleich mit anderen Armeen Europas. Wie die Dinge in Europa liegen, ist die Armee eine Notwendigkeit. (Bewegung bei den Freisinnigen.) Der Abg. Rickert greint wie ein unschuldiges Kindlein. (Stürmische Heiterkeit.) Das haben wir stets gesagt. Wir lehnen das Militärbudget ab, weil die Grundlage, auf der die Armee aufgebaut ist, unseren prinzipiellen Anschauungen widerspricht, weil sie zweitens dieser Grundlagen wegen schwere Opfer der Nation erfordert und weil drittens diese Opfer hauptsächlich von den Arbeitern getragen werden, auf die die schwersten Lasten gewälzt werden. Sind Sie bereit, die Grundlagen der Institution zu ändern, so werden wir mit uns reden lassen. Außerdem wird fortgesetzt von einer Ihnen allen bekannten Stelle bei passenden und unpassenden Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß die Armee ein Werkzeug gegen den inneren Feind sei. Der innere Feind, das sind wir. Da wäre es ein Selbstmord, eine Ehrlosigkeit gegen unsere Partei, wollten wir die Waffen gegen uns selbst schmieden und den Militäretat bewilligen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Bei dem Duellunfug habe ich besonders darauf hingewiesen, daß er in der Zunahme begriffen ist. Während ich gestern sprach, verhauchte ein junges Leben wieder, das dem blutigen Wahn zum Opfer gefallen ist. Seit den siebziger und achtziger Jahren haben wir eine fortgesetzte Zunahme der Duelle nicht allein in adeligen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen. Da ist es die Pflicht der Volksvertretung, nicht allein in platonischen Erklärungen, *sondern fortgesetzt* sehr energisch gegen das Duell aufzutreten. Herr Lieber meinte, die Behandlung der Soldaten sei besser geworden. Nein, ich behaupte, sie ist nicht besser geworden. Die Erlasse, die früher erlassen wurden, sie richten sich noch gegen das Schimpfen. Davon steht in den letzten Erlassen gar nichts mehr und doch kann man auf den Kasernenhöfen nicht nur jede Stunde, sondern jede Minute ganz rohe, gemeine Schimpfworte hören, die jeder Menschlichkeit Hohn sprechen. Ich habe nicht jeden Offizier und Unteroffizier als einen verrohten Menschen hingestellt, wie mir es Herr von Bennigsen unterstellt hat. Aber Sie treiben gegenüber solchen Thatsachen noch Schönfärberei. Wir halten uns an die Thatsachen und brauchen nicht schwarz zu färben. Wenn wir erst bei unserer Kritik übertreiben müßten, dann wäre es um uns selbst geschehen. Die Wahrheit ist wirklich schwarz genug; wir brauchen sie nur im Bilde zu reproduzieren. Wenn Herr Prediger Frommel jetzt ableugnen möchte, was er einmal in einer schwachen Stunde gesagt hat, so kann ich nur konstatieren, daß seine Aeußerung von der Schule der Unzucht in dem Wagnerschen Buche von einem Ohrenzeugen berichtet wird. Es stehen in dem Buche noch andere schöne Sachen (Heiterkeit). Sie erlauben ja bei Ihnen die Kritik, blos die verfluchten Sozialdemokraten dürfen es nicht erfahren, die hängen es an die große Glocke. Derselbe Geist der Unsittlichkeit, den Herr Wagner gekennzeichnet, spricht auch aus dem Programm für die militärischen Herrenabende. Mir ist es nur um die Sache selbst zu thun. Wenn Sie (zu den Nationalliberalen) jetzt die Sache anders ansehen als früher, so liegt das daran, daß bei der Vermehrung der Armee die adeligen Offiziere in die Minderzahl gekommen sind, daß jetzt Ihre Söhne Offiziere werden. Bei uns liegt die Sache anders: 10000 neue Soldaten heißt 10000 Arbeiter kommen zum Militär, deshalb müssen wir uns mit den Uebelständen in der Armee immer mehr beschäftigen. Bei ihnen hat die veränderte Situation auch zu einem ganz veränderten Fühlen und Denken geführt. Von dem Kriege von 1870 habe ich gar nicht gesprochen, weil ich ganz sachlich bleiben wollte. Die patriotischen Phrasen, die Herr von Bennigsen daran knüpfte, braucht er nach Außen hin. (Herr v. Stumm macht dem Redner seine Gesten nach.) Herr v. Stumm, Sie machen mir hier nach, Sie gehören ja auch zu den Gebildeten und Besitzenden in Gänsefüßchen (große Heiterkeit). Niemals war ich so sachlich wie gestern und heute. Ich habe nur meine Pflicht gethan und werde mich um kein Jota durch Ihre Angriffe von meiner Pflicht abwendig machen lassen. Sorgen Sie nur dafür, daß die Zustände besser werden (Bravo bei den Soz).

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt

Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Meine Erziehung ist freilich eine andere als die des Herrn Bebel. Jede Beschimpfung des Abg. Bebel ist für mich eine Ehre. (Abg. Bebel ruft: Umgekehrt auch.)

Das Gehalt des Kriegsministers wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr; Militäretat.

Schluß 6½ Uhr.

Aus dem Auslande.

Frankreich. Der Senat, welcher mit dem Ministerium Bourgeois unzufrieden ist, weil dieses rücksichtslos gegen die reichen Spitzbuben vorgeht, hat in seinem Aerger sich hinreißen lassen, demselben ein Mißtrauensvotum zu erteilen, weil der Justizminister einen Wechsel in der Person des Untersuchungsrichters in der Südbahnangelegenheit habe eintreten lassen. Zeitungen, welche von Politik gar nichts verstehen, wie z. B. die „W. Ztg.", wollten daraus den baldigen Sturz des Ministeriums prophezeien. Nunmehr hat das Ministerium in der Deputiertenkammer, welche für seinen Fortbestand allein maßgebend ist, einen großen Sieg davongetragen, wie folgende Nachrichten aus Paris mitteilen:

Paris, 13. Februar. Deputiertenkammer. Es herrscht große Erregung bei überaus großem Andrang. Pams (radikal) bringt eine Interpellation ein über die jüngsten Zwischenfälle betreffs der Untersuchung in der Südbahn-Angelegenheit. Redner bemängelt es, daß der Senat Angaben ohne Beweis angenommen habe und gegen das Kabinett oppositionell aufgetreten sei. (Protestrufe im Zentrum, Beifall auf der äußersten Linken, Tumult.) Pams greift in seiner weiteren Rede den Senat wiederholt an. Brisson versucht den Redner zu unterbrechen, ist aber durch den Lärm auf der äußersten Linken nicht vernehmbar. Zum Schluß frägt Pams, ob das Kabinett entschlossen sei, das Werk der Gerechtigkeit weiter zu führen. Der Justizminister erwidert, die Kammer habe dem Kabinett den Auftrag gegeben, Aufhellung in die Südbahn-Angelegenheit zu bringen, welche der Senat zu verhindern versucht habe. Der Justizminister Ricard rechtfertigt hierauf den Wechsel des Untersuchungsrichters. Er, Ricard, ließ einen Wechsel eintreten, um die Untersuchung zu beschleunigen. Es sei unrichtig, daß der erste Richter in einem an ihn gerichteten Briefe dagegen Verwahrung eingelegt habe. Der Minister erklärt, die volle Verantwortlichkeit für seine Handlungsweise übernehmen zu wollen, er werde fortfahren, die Wahrheit ans Licht zu bringen; es verstehe sich von selbst, daß seine Befehle zur Ausführung gelangen. (Lebhafter Beifall auf der Linken. Einige Stimmen fordern den öffentlichen Anschlag der Rede. Die Bewegung hält an.)

— Die Kammer nahm in der Südbahn-Angelegenheit mit 326 gegen 43 Stimmen eine von Bourgeois verlangte Tagesordnung an, durch welche dem Kabinett das Vertrauen ausgesprochen wird. Eine vom Zentrum verlangte Tagesordnung wurde mit 341 gegen 222 Stimmen abgelehnt.

Partei-Nachrichten.

Um die Solinger Wirren richtig würdigen zu können, verdient noch bemerkt zu werden, daß die bereits mitgeteilte Versammlung der Anhänger Schumachers in einem boykottierten Lokale stattfand. Der Boykott wurde über das Lokal deshalb verhängt, weil der Wirt sich weigerte, es zu sozialdemokratischen Versammlungen zur Verfügung zu stellen! Am letzten Sonntag fand ebenfalls eine Kreisversammlung des Wahlkreises Solingen statt, die stark besucht war und folgende Resolution annahm:

„Die heute, am 9. Februar 1896, tagende Kreisversammlung der Parteigenossen des Wahlkreises Solingen erklärt sich mit den Beschlüssen des rheinischen Provinzial-Parteitags zu Solingen vollständig einverstanden, insbesondere aber mit dem Beschluß, wodurch der Reichstagsabgeordnete Schumacher für unwürdig erklärt wird, innerhalb der sozialdemokratischen Partei ein Vertrauensamt zu bekleiden.

Die Kreisversammlung erblickt in dem grundfalschen taktischen Vorgehen Schumachers und in dessen persönlich gehässigen Angriffen auf das Solinger Parteiorgan und ihm unbequeme Parteigenossen die fortwährende Ursache der Streitigkeiten, den Hemmschuh der Parteiorganisation und des Fortschrittes der örtlichen Parteibewegung überhaupt. Die Versammlung richtet deshalb an den Parteiausschuß, resp. an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Ersuchen, den Reichstagsabgeordneten Schumacher als Mitglied der Fraktion nicht mehr anzuerkennen.

Das Bureau wird beauftragt, dem Parteiausschuß und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion diese Resolution zu unterbreiten."

Parlamentarische Nachrichten.

Den Fleischern wird angst und bange wegen der Maßnahmen der Agrarier gegen die Margarine. Eine Eingabe des „Deutschen Fleischerverbandes" im Reichstag hebt hervor, daß „die schweren fetten Ochsen aus den östlichen Provinzen viel schwieriger und nur zu erheblich niedrigeren Preisen unterzubringen seien, sobald eine Verwendung ihres Talges zu Premier jus, dem Rohstoffe für Margarine ausgeschlossen wäre. „Nach den von uns angestellten Ermittelungen wird allein in den Städten Barmen-Elberfeld und Krefeld 12 000 Zentner Rohfett jährlich zu Margarinezwecken aufgekauft und verarbeitet und läßt sich aus diesen Zahlen schon ersehen, von welcher Bedeutung und tiefeingreifender Wirkung der Ausfall in der Verwertung des Fettes zu Speisezwecken und der Zwang, dasselbe nur zu technischen Zwecken zu verwerten sein würde." Der Preis des Maschinentalges sei jetzt schon ein gedrückter und von einer Verwertung des auf den öffentlichen Schlachthöfen und sonst gewonnenen Rohtalges zu letzterem Zwecke könne nur unter ganz erheblichen Opfern die Rede sein. „Eine Verteuerung des Fleisches müßte naturgemäß eintreten, da der Fleischer bei den bestehenden ungünstigen Geschäftsverhältnissen auf die möglichst hohe Verwertung der sogenannten Abfälle, Häute und Fett angewiesen ist, und diesen Ausfall durch Erhöhung der Fleischpreise auf das konsumierende Publikum abwälzen müßte."

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 17. Februar.

— **Maurerversammlung.** Am Sonntag den 9. Febr. fand im Lokale des Herrn Fohrmann die regelmäßige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Bielefeld, statt. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde das Vorgehen der Maurermeister Altenhöner und Klarhorst einiger Verbandsgesellen gegenüber einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde aber beschlossen, uns vorläufig dieser Maßregelung gegenüber kühl zu benehmen und wurden die Kollegen, besonders die bei Klarhorst arbeiten, aufgefordert, jetzt erst recht für den Verband zu agitieren. Sollte aber bei irgend einem Meister eine neue Maßregelung erfolgen, so ist hiervon sofort der Bevollmächtigte zu benachrichtigen, welcher alsdann sofort eine öffentliche Maurerversammlung einzuberufen hat, um darauf die gebührende Antwort zu geben. Ferner wurde eine Kommission, bestehend aus 3 Mann, mit der Ausarbeitung eines Flugblattes beauftragt, welches am nächsten Sonntag im lippischen Lande unter den Maurern daselbst verbreitet werden soll. Auch wurde ein Antrag dahin lautend angenommen, in der Lippeschen Post und Landeszeitung durch ein Inserat über die hiesigen Verhältnisse aufzuklären. Während der Versammlung hatten sich 12 Mann in den Verband aufnehmen lassen.

Gerichtliches.

Leipzig, 10. Februar. Reichsgericht gegen Reichsgericht. Die Frage, ob durch die kritische Beurteilung der Vorfahren einer fürstlichen Person diese selbst beleidigt werden könne, beschäftigte gestern den 3. Strafsenat des Reichsgerichts, wie sie am vorigen Freitag den 4. Strafsenat beschäftigt hat. Das Ergebnis war ein anderes wie kürzlich. Es handelte sich um denselben Zeitungsartikel in beiden Prozessen. Die beiden Angeklagten, Redakteure sozialdemokratischer Blätter, hatten ihn aus einem anderen Blatte abgedruckt. Während aber der Redakteur Zahn in Breslau auf Grund des Artikels wegen Beleidigung des Kaisers verurteilt wurde, ist der Redakteur des „Volkswillen", Wilhelm Thielhorn in Hannover, vom dortigen Landgericht am 28. Oktober v. J. freigesprochen worden. Während der 4. Strafsenat bei der Verhandlung über die Revision Zahns die Oeffentlichkeit ausschloß, verhandelte heute der 3. Strafsenat öffentlich über die Revision der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Thielhorns. Der fragliche Artikel verdankt seine Entstehung offenbar der bekannten Rede des Kaisers, in welcher die Worte von der „vaterlandslosen Rotte" vorgekommen sein sollen. Der Verfasser des Artikels macht nämlich einen Exkurs in die Vergangenheit des hohenzollernschen Hauses, um nachzuweisen, daß ein Anlaß, derartige Worte zu gebrauchen, nicht vorlag. Er nahm dabei Bezug auf die Handlungsweise zweier brandenburgischer Kurfürsten, die vor etwa 400 Jahren gelebt haben, hielt sich aber streng an die historisch beglaubigten Thatsachen. Das Gericht in Hannover betont diesen letzteren Umstand ausdrücklich. Es sagt ferner, in dem Artikel, der auch nicht ironisch gehalten sei, sei weder offen noch versteckt zum Ausdruck gebracht, daß die inkriminierten Worte (mit denen die Handlungsweise der beiden Kurfürsten charakterisiert war) auf den Kaiser sich beziehen sollen. Die Apostrophe an den Kaiser sei zwar nicht angemessen, enthalte aber keine Beleidigung.

Die Revision der Staatsanwaltschaft gegen die Freisprechung Thielhorns legte Gewicht auf den Umstand, daß der „Volkswille" kein Blatt sei, welches sich sonst mit historischen Untersuchungen abgebe. Ferner wurde die Ansicht des Gerichts, daß es keine mittelbare Beleidigung gebe, als unrichtig bezeichnet.

Reichsanwalt Schumann erklärte, die Revision nicht vertreten zu können. Dieselbe richtet sich, so führte er aus, zum Teil gegen die Rechtsprechung des Reichsgerichts, welches erklärt hat, daß es eine mittelbare Beleidigung nicht giebt. Der Senat wird auch keine Veranlassung haben, gerade mit Bezug auf diesen Fall von jener Rechtsauffassung abzuweichen. Abgesehen davon, scheitert die Revision an der Auslegung, die der Artikel durch das Landgericht erfahren hat. Dasselbe ist auf grund eingehender Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Artikel weder mittelbar noch unmittelbar auf den Kaiser sich bezog und daß der Wille des Angeklagten nicht dahin gegangen ist, den Kaiser zu treffen. Auch ist festgestellt, daß der Angeklagte nicht habe annehmen können und nicht angenommen habe daß etwa in diesem Sinne der Artikel seitens der Leser des Blattes habe aufgefaßt werden können. Mit Rücksicht auf diese in der Revisionsinstanz nicht angreifbare Feststellung mußte das Landgericht notwendig zur Freisprechung gelangen. Daß hierbei der Begriff der Majestätsbeleidigung verkannt sei, läßt sich nicht behaupten. Richtig ist ja, daß in Breslau wegen des gleichen Artikels Verurteilung eingetreten ist, und daß der vierte Strafsenat vorigen Freitag die Revision des Angeklagten verworfen hat. Das Breslauer Urteil enthält aber eine ganz andere Auslegung des fraglichen Artikels. Auf grund der Breslauer Feststellungen mußte allerdings Verurteilung eintreten. Der Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung in Kiel, die den Artikel auch abgedruckt hat, ist ebenso wie der jetzige Angeklagte freigesprochen worden. Derartige Vorgänge mögen bedauerlich sein, aber die Revisionsinstanz steht ihnen machtlos gegenüber, weil sie an die thatsächlichen Feststellungen gebunden ist; es steht nicht in ihrer Macht, hier selbst Abhilfe zu schaffen.

Gemäß diesen Ausführungen erkannte der dritte Strafsenat des Reichsgerichts auf Verwerfung der staatsanwaltlichen Revision.

Nur so weiter: so muß die heutige Rechtspflege, und voran das oberste Gericht Deutschlands, immer mehr den Widerspruch gegen sich selbst im Volke hervorrufen: der nämliche Artikel bringt dem einen Redakteur einige Monate Gefängnis, dem anderen gänzliche Freisprechung. Was ist da Recht?

Soziales.

Von dem Vermögensstande der reichsten Leute in Preußen giebt (der „Freis. Ztg." zufolge) die soeben dem Abgeordnetenhause mitgeteilte Statistik der preußischen Einkommen- und Ergänzungssteuer-Veranlagung für 1895/96 folgendes Bild: Der reichste Privatmann in Preußen ist noch immer Krupp in Essen. Er versteuerte im Jahre 1894/95 ein Einkommen von 6 585 000 bis 6 590 000 M. und zahlt für dieses laufende Jahr 1895/96 mit 285 000 M. die Kleinigkeit von 22 000 M. Steuer mehr als im Vorjahre, da er sein Einkommen auf 7 135 000—7 140 000 M. eingeschätzt hat; im Jahre 1893/94 hatte er freilich sein Einkommen noch um die Kleinigkeit von 50 000 M. höher, auf 7 190 000 M. angegeben. Zum Vergleich sei übrigens daran erinnert, daß der Kaiser als König von Preußen jährlich eine Krondotation von 15½ Mill. M. bezieht. Auch Rothschild, dem zweitreichsten Privatmann in Preußen, geht es wie Krupp im Jahre 1895/96 besser, als im Vorjahre. Dieser Krösus war noch 1893/94 mit einem Einkommen von nur 5 840 000 bis 5 845 000 M. zu einem Steuersatz von 233 6000 M. veranlagt, im Jahre darauf hatte er 5 875 000 M. zu verzehren — Steuersatz 235 900 M. — und in diesem Jahre 1895/96 konnte er bei Ueberschlagung seines Einkommens vor die sechs Nullen eine 6 setzen: er berechnet jetzt sein Einkommen zu 6 115 000 M., also um fast eine Viertelmillion höher, als im Vorjahr, wofür er ein Mehr an Steuern im Betrage von 9000 M. zahlen muß. Bisher pflegte die dritte Stelle im Kreise der Reichsten ein Bewohner des Regierungsbezirks Oppeln (v. Thiele-Winkler) einzunehmen, dann folgte in etwas weitem Abstande ein Berliner (Bleichröder) — so ging es Jahre lang. Kein „Parvenu" störte diesen trauten Bund. In diesem Jahre drängt sich da plötzlich ein Bewohner des Regierungsbezirks Kassel an die dritte Stelle und bildet sich am Ende gar ein, ein „kleiner" Rothschild zu sein. Dieser Kasselaner behauptet, ein jährliches Einkommen von 3 035 000 M. zu haben und will dafür 123 400 M. Steuern zahlen. Wo war er denn in den Vorjahren? 1894/95 versteuerte der reichste Mann in Kassel 2 295 000 M. (Steuersatz 91 800 M.) und noch ein Jahr früher gab es in Kassel nicht einmal einen Mann, der auch nur 2 Millionen M. Einkommen hatte, der reichste zahlte 77 000 M. Steuer für ein Einkommen von 1 925 000 Mark. Das Vermögen des reichsten Mannes im Regierungsbezirk Oppeln (v. Thiele-Winkler) dagegen ist noch dem Tode des Familienoberhauptes in der Auflösung begriffen: 1893 betrug sein Einkommen noch über 4 120 000 M. zu einem Steuersatz von 164 800 M., im Jahre darauf ist das Einkommen des reichsten Oppelners infolge Erbteilung auf 2 950 000 M. zurückgegangen und für 1895/96 noch weiter auf 2 680 000 M. Daneben tauchen in diesem Jahre plötzlich zwei andere Oppelner Privatleute auf, der eine mit einem Einkommen von 2 675 000 M., der andere allerdings nur mit einem knapp 2 Millionen (2 170 000 M.). Der reichste Berliner — natürlich ziehen wir in dieser ganzen Statistik nur die physischen Personen in betracht, sehen also von den juristischen Personen, Aktiengesellschaft u. s. w. ab — versteuert fast 3 Millionen, genau über 2 995 000 M. mit einem Steuersatz von 119 800 M. (im Vorjahre 2 410 000 M.). Er rangiert also nächst dem Kasselaner als vierter in dem Reigen der preußischen Krösusse. An fünfter, sechster und siebenter Stelle folgen dann die drei reichsten Oppelner, an achter ein Landbewohner im Regierungsbezirk Breslau mit 2 080 000 M. Einkommen, an neunter Stelle ein Landbewohner im Regierungsbezirk Trier (Herr von Stumm?) mit 2 065 000 M. Einkommen, er schließt würdig die Reihe der Leute mit mehr als 2 Millionen jährlichen Einkommen ab. Im Jahre 1894/95 gab es nur 7 Leute mit mehr als 2 Millionen Einkommen und 1893/94 deren vier. Weitere 13 Personen hatten 1895/96 ein Einkommen von 1—2 Millionen (gegen 18 im Vorjahr).

Berlin, 14. Februar. Ein Proletarier-Weihnachten. Eine traurige Weihnachtsgeschichte wurde gestern von einer wegen Diebstahls angeklagten Arbeiterfrau unter Thränen dem Schöffengerichte mitgeteilt und die Erzählung machte in ihrer Einfachheit sichtlichen Eindruck auf den Gerichtshof. Frau R. ist die bis jetzt völlig unbescholtene Frau eines Formers. In ihrer Häuslichkeit sah es zur Weihnachtszeit recht traurig aus: der Mann ohne dauernde Arbeit, von den sieben Kindern das jüngste krank, Not und Elend ein ständiger Gast — was Wunder, daß das schöne Lied von der „fröhlichen" Weihnachtszeit in diesen Räumen keinen Widerhall fand. Es war am Abende vor Weihnachten, als die Frau bekümmerten und wehmütigen Herzens durch die hell erleuchteten Straßen schlich. Der Strahlenglanz, welcher von den prächtig ausgestatteten Schaufenstern aus den Bürgersteig beleuchtete, verdüsterte ihr Herz immer mehr, denn sie dachte daran, daß bei all dem Glanze um sie her es ihr noch nicht möglich gewesen sei, auch nur einem ihrer Kinder eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Halb im Traum war sie vor dem großen Wertheimschen Verkaufladen in der Oranienstraße angelangt, lange betrachtete sie die in den Schaufenstern in buntem Durcheinander ausgelegten Kostbarkeiten, dann trat sie plötzlich mit kühnem Entschluß in den Laden. Da flutete die kauflustige Menge hin und her und niemand achtete des blassen Weibes, welches mit einem Korbe am Arm sich ziellos von dem Menschenstrome treiben ließ. Als sie nach einiger Zeit das Geschäft wieder verlassen wollte, wurde sie angehalten, da bemerkt worden war, daß sie mehrere ungekaufte Gegenstände in ihrem Korb hatte verschwinden lassen. Es fand sich in dem Korbe denn auch wirklich ein kleines Spielwaren-Lager, bestehend aus Blechtrompeten, einem Gummiball, allerlei Schmucksachen u. dergl. vor. Die Frau hatte der Versuchung nicht widerstehen können, auf dem Wege des Diebstahls einige Christgeschenke für ihre Kinder sich zu verschaffen. Sie gestand ihr Vergehen ohne weiteres zu und versicherte dem Gerichtshofe, daß sie selbst nicht wisse, wie sie dazu gekommen sei. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die ganze Sachlage selbst das niedrigste Strafmaß von einem Tage Gefängnis, auf welches der Gerichtshof auch erkannte. Der Vorsitzende erklärte, daß er sich nach den Verhältnissen der Angeklagten erkundigen und — falls ihre Angaben sich bestätigen sollten — ein Gnadengesuch befürworten wolle.

Kirche und Schule.

Aus einer christlichen Schule. Ein interessantes Beispiel klösterlicher Schuldisziplin bot, den „Münch. N. Nachr." zufolge, eine am 10. d. Mts. beim Schöffengericht in Augsburg zum Austrag gekommene Privatbeleidigungsklage. Der anwesende Rektor der Studienanstalt St. Stephan wurde über die Zensur eines nun in Nördlingen weiter studierenden Schülers befragt, die dieser erhielt, als er die Studienanstalt St. Stephan verließ. Der Zeuge bezeichnete den Knaben als heimtückisch und hinterlistig. Dieser Aussage wurde entgegengehalten, daß der Knabe bei seinem Austritt über seinen Charakter ein ausgezeichnetes Zeugnis erhalten habe, worauf durch den Herrn Rektor aufklärend bemerkt wurde, daß es an der Anstalt zwei, eine geheime und eine öffentliche Zensur gebe. Seine Zeugenaussage basierte auf der geheimen Zensur. Wie gefällt dem Zentrum diese „doppelte Buchführung" in einer Anstalt, die jedenfalls den strengsten ultramontanen Anforderungen entspricht?

Militärisches.

Was man Militäranwärtern bietet. Ein Militär-

anwärter — nach zwölfjähriger Dienstzeit — erhielt folgendes Angebot:

Kaiserliches Patentamt.

Berlin, den 31. Januar 1896.

Das kaiserliche Patentamt beabsichtigt, aus der Zahl der für den Unterbeamtendienst notierten Bewerbern behufs Verrichtung des Nachtwachtdienstes in seinem Dienstgebäude einen Militäranwärter gegen Gewährung eines in Monatsbeträgen am Schlusse des Monats zu zahlenden Tagelohns von drei Mark heranzuziehen. Die Beschäftigung erfolgt unter dem ausdrücklichen Vorbehalte jederzeitiger Entlassung und besteht, wie angedeutet, in der Bewachung der Diensträume gegen Feuersgefahr während der Nachtzeit, und zwar in der Zeit von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Auf den in bestimmten Zeitabschnitten zu haltenden Umgängen durch das ausgedehnte Gebäude sind neben den Parterreräumen mehrere höhere Stockwerke zu durchlaufen.

Sollten Sie diese Beschäftigung, welche mit einer Aussicht auf etatsmäßige Anstellung als Wächter nicht verbunden ist, anzunehmen gesonnen sein, so wollen Sie sich darüber spätestens innerhalb der nächsten acht Tage schriftlich erklären, auch angeben, wann Sie zum Antritt sich hier melden könnten.

Bemerkt wird noch, daß diese Anfrage zur Vermeidung von Zeitverlusten an mehrere Versorgungsberechtigte ergangen ist, und, falls ein älterer Bewerber bejahend antwortet, er bei nachgewiesener Qualifikation Ihnen vorangehen würde. Daß solches geschehen, kann Ihrerseits angenommen werden, wenn auf Ihre etwa zustimmende Erklärung nach Verlauf von vierzehn Tagen nach vorbezeichnetem Termine eine Bescheidung diesseits nicht erfolgt ist. Der Verzicht auf die angebotene Beschäftigung als Wächter hat eine Streichung in der Liste nicht zur Folge. Reise- und Umzugskosten werden nicht gewährt.

Der Bureau-Vorsteher.

Frank.

Das bietet der dankbare Militärstaat seinen Stützen und Trägern.

Vermischtes.

Die großartige Meteor-Erscheinung, welche am Montag Vormittag über Madrid sich entlud, ist, wie weitere Berichte aus Madrid melden, von dem Vorsteher des dortigen meteorologischen Instituts, Professor Amicis, genau beobachtet worden, so daß die Erscheinung wissenschaftlich gut wird verwertet werden können. Am so ruhig klaren, fast windstillen Himmel erschien urplötzlich um 9 Uhr 29 Min. 30 Sek. ein weißbläuliches Licht. Unmittelbar darauf zeigte sich an der Stelle ein weißer, rauchähnlicher Flecken. Richtung von Nordwest nach Südwest, sechs Grad lang, einen Grad breit. Die Gestaltung war halbkreisförmig mit Ausbauchung nach Osten; am Gipfel der Kurve bemerkte man eine rötliche Färbung, wie bei Wolken im Abendrot. Das Ding sah aus, wie eine leichte Cirro-Cumulus-Wolke. Um 9 Uhr 30 Min. 40 Sek. vernahm man einen äußerst starken dumpfen Knall, dem mehrere kleine folgten. Das ganze dauerte etwa zwei Minuten. Vom Moment der Explosion bis zu dem Augenblick, wo das Krachen vernommen wurde, vergingen 70 Sekunden. Danach wird die Höhe, in welcher die Erscheinung vor sich ging, auf etwa 24 000 Meter geschätzt. Die entstandene Wolke verschwand langsam und drei Stunden später bemerkte man noch im Ostnordost, 20 Gr. über dem Horizont, ein leichtes Cirruswölkchen. Bemerkenswert war das Verhalten des Barometers, das plötzlich 1,6 Millimeter stieg, dann auf seinen Stand zurückging und nach einer Schwankung von 2,3 Millimeter um 0,7 Millimeter sank. Glücklicherweise hat man auch Sprengstücke des geplatzten Himmelskörpers gefunden, eins wurde dem Ministerpräsidenten Canovas überreicht. Ein anderes Stück fand sich sechs Kilometer von Madrid in Castillon. In Valecas bei Madrid wurde ein Apotheker von einem Splitter an der Stirn verwundet (?). In Madrid wurde ein 500 Gramm schweres Stück aufgehoben; ein anderes, 150 Gramm schweres Stück fiel in Castellana zu den Füßen eines Spaziergängers nieder. Die Schwankungen des Barometers zeigen, wie stark der Luftdruck bei dem Zerplatzen gewesen sein muß; die Beschädigung der Häuser erklären sich zumeist daraus. In Madrid entstand eine große Panik unter den Bewohnern. In der großen Königlichen Tabaksmanufaktur, in welcher eine Unzahl von Mädchen beschäftigt sind, war die Panik besonders groß. Die Mädchen liefen schreiend, weinend und händeringend nach der Haupttreppe, welche unter dem plötzlichen Gewicht nachgab und einstürzte. Siebzehn der Mädchen wurden durch den Sturz sehr schwer verletzt, so daß man an ihrem Aufkommen zweifelt. Eine ähnliche Panik herrschte unter den Schülern und Studenten der verschiedenen Lehranstalten. Ein junger Student riß in furchtbarster Aufregung das Fenster des Schulraums auf und sprang in die Tiefe hinab. Er hat außer gebrochenen Gliedern sehr schwere innere Verletzungen davon getragen. Auch eine zahllose Menge kleiner Unfälle sind vorgekommen. Thatsächlich war die Aufregung eine so kolossale in der ganzen Stadt, daß am Nachmittage die meisten Läden geschlossen blieben.

Ueber die Gefährlichkeit der giftlosen Riesenschlangen und ihre Fähigkeit, große Tiere zu verschlingen, sind im Publikum im allgemeinen noch sehr übertriebene Vorstellungen im Schwange. Brehm tritt in seinem bekannten Werke diesen Vorstellungen, die ihren Ursprung vielfach in abenteuerlichen Reiseschilderungen haben mögen, entgegen, indem er einen Truthahn ungefähr als das größte Objekt bezeichnet, welches eine Riesenschlange zu bewältigen vermag. Aber auch die Fähigkeit der Schlangen, andere Tiere im Akte der Notwehr zu umringen und zu erdrücken, scheint im allgemeinen nicht eben groß zu sein. Vor zwei Jahren — so schreibt der „Tägl. Rundsch." ein Leser — hatte ich Gelegenheit, während des Aufenthalts an einer abgelegenen Stelle der brasilianischen Küste die Folgen eines Renkontres zwischen einer Riesenschlange und einem kleinen Köter von der Größe eines mäßigen Spitzes zu sehen, was meinem ohnehin nicht sehr großen Respekt vor giftlosen Schlangen noch einen gewaltigen Stoß versetzen sollte. Während des Badens unserer Schiffsmannschaft am Strande wurden Leute auf ein lange anhaltendes Gekläffe eines Hundes aufmerksam. Wie sie dem Gebelle nachgingen, trafen sie im nahen Dickicht einen kleinen, struppigen Hund, der bei ihrer Annäherung von einer großen Schlange abließ und sich hinkend seitwärts in die Büsche schlug. Die lang ausgestreckt daliegende Schlange, die eine Länge von mehr als drei Meter haben mochte, lebte noch; sie krümmte und wand sich, war aber augenscheinlich nicht in der Lage zu entfliehen. Nachdem ihr mit einigen Steinwürfen völlig der Garaus gemacht worden, fanden die Leute, daß der Hund der großen Schlange nahezu völlig den Kopf zermalmt hatte. Jedenfalls hat der Hund seinen Gegner bei Beginn des Kampfes kluger Weise beim Kopfe gepackt und ihn so verhindert, ihn zu umringeln. Immerhin bleibt der Ausgang dieses Kampfes erstaunlich, da er allen landläufigen Anschauungen über die Fähigkeit der Schlangen ihre Opfer in blitzähnlicher Geschwindigkeit zu umschlingen, entgegentritt. Die Schlange wurde von den Leuten abgehäutet und das schön gezeichnete Fell mit an Bord gebracht. Die Schlange hatte eine frisch verschluckte Ratte im Leibe gehabt, und vielleicht war diese letzte Mahlzeit an der auffallenden Unbeholfenheit des Tieres schuld gewesen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion der Gütersloher Zeitung gegenüber lediglich Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Vorzahlung aufgenommen.

Bekanntmachung.

Diejenigen Mannschaften der Reserve, Marine-Reserve, Landwehr, Seewehr, Ersatz-Reserve, sowie Landsturmpflichtige des zweiten Aufgebots, welche wegen häuslicher oder gewerblicher Verhältnisse im Falle einer Mobilmachung auf Zurückstellung Anspruch machen, werden aufgefordert, ihre Gesuche bis spätestens zum 20. Februar d. J. bei dem Magistrat hierselbst anzubringen oder zu erneuern. Die Entscheidung über die eingegangenen Reklamationen seitens der Ersatzkommission findet am 16. März d. J., vormittags 10 Uhr, in der Volkshalle, Papenmarkt 2 hierselbst statt und wird den Beteiligten anheimgestellt, sich in diesem Termine persönlich einzufinden.

Bielefeld, den 1. Februar 1896.

Königliches Landratsamt des Stadtkreises.

Bekanntmachungen.

Die Gesuche um Zurückstellung und Befreiung vom Militärdienst müssen bis spätestens 23. Februar d. J. bei dem Unterzeichneten angebracht werden. Bezügliche Reklamationen früherer Jahre sind zu erneuern. Steuerzettel und sonstige Beweisunterlagen sind vorzulegen.

Gadderbaum. **Der Amtmann.** v. d. Goltz.

Die Gesuche um Befreiung vom Militärdienst im Wege der Reklamation müssen bis spätestens zum 23. Februar d. J. bei den Herren Gemeindevorstehern angebracht werden. Reklamationen früherer Jahre sind zu erneuern.

Heepen. **Der Amtmann.** Bullrich.

Volks-Versammlung
gegen die Margarine-Vorlage.

Am Donnerstag, den 20. Februar, abends 8½ Uhr,
findet in der [371
Reichshalle, Ulmenstraße,
eine öffentliche Versammlung statt.

Tagesordnung:

Stellungnahme gegen die Margarine-Vorlage.

Vortrag des Herrn Handelskammer-Sekretärs **Dr. Kaudt.**

Bei der Wichtigkeit des Themas ist es für alle Schichten der Bevölkerung interessant und notwendig, gemeinsam vorzugehen und energisch Protest zu erheben gegen die angestrebte Vernichtung eines so verbreiteten und billigen Volksnahrungsmittels.

Es wird daher ein Jeder zu dieser Versammlung dringend eingeladen.

Mehrere Interessenten.

Rechnungs-Formulare

liefert schnell und in sauberster Ausführung
Buchdruckerei „Volkswacht".

Verzeichnis

der Vertrauensmänner und Ersatz-Vertrauensmänner der Invaliditäts- u. Altersversicherungs-Anstalt Westfalen aus dem Stadtkreise Bielefeld für die Wahlzeit vom 1. Januar 1896 bis dahin 1901.

Vertrauensmanns-Bezirk	Angabe ob Vertrauensmann der Arbeitgeber	Angabe ob Vertrauensmann der Versicherten	Ersatzvertrauensmann der Arbeitgeber	Ersatzvertrauensmann der Versicherten	Des Vertrauensmannes Name	Stand	Wohnort
Bielefeld, Stadt I. Bezirk	1				Kickert, Heinr.	Malermeister	Kreuzstraße 18.
		1			Friedr. Dieselkamp	Arbeiter	Ulmenstraße 13.
			1		Fritz Lohmann	Färbereibesitzer	Am Damm 10.
				1	August Plöger	Aufseher	Niedermühlenkamp 17.
Desgl. II. Bezirk	1				Meyerkamp	Gärtner	Bleichstraße 51.
		1			Adam	Zimmerpolier	Mühlenstraße 9.
			1		Klarhorst	Maurermeister	Brunnenstraße 12.
				1	Friedr. Niebuhr	Aufseher	Blumenstraße 2.
Desgl. III. Bezirk	1				Fricke	Maschinenfabrikant	Herforderstraße 16.
		1			Böger, Karl	Werkmeister	Daselbst 85.
			1		Ed. Waldecker jr.	Ziegeleibesitzer	Daselbst 50
				1	Heinr. Jacob	Schlosser	Hakenort 1.
Desgl. IV. Bezirk	1				Huge Rempel	Maschinenfabrikant	Kleine Bahnhofstraße 1.
		1			Horstkotte, Gottlieb	Bahnarbeiter	Kurzestraße 15.
			1		Moderkohn, Wilh.	Fabrikant	Neumarkt 15.
				1	Heinr. Altenhöner	Maurer	Kurzestraße 32.
Desgl. V. Bezirk	1				Vogelsang	Fabrikant	Bismarckstraße.
		1			Wilh. Spreen	Schlosser	Bürgerweg 76.
			1		Barghoff	Fabrikant	Bürgerweg.
				1	Kohlus, Heinr.	Schriftsetzer	Wittekindstraße 8.
Desgl. VI. Bezirk	1				Poppe, Max	Chemiker	Grünstraße 21.
		1			Lütgert, August	Zigarrenmacher	Fehrbellinerstraße 4.
			1		G. W. Bock	Korbmacher	Am Markt 8.
				1	Thöne, Heinr.	Arbeiter	Goldbach 11.

Empfehlen hiermit [216*

ff. dunkles Bier nach Münchener Art eingebraut

aus der **Fürstlichen Brauerei Bracke,** und liefern frei ins Haus
25 ½ Liter für 3 Mark,
32 ⅓ „ „ 3 „

Achtungsvoll

Oldemeyer & Pustmüller,
Oberthorwall 36.

Zur März- und Maifeier

empfehle den verehrl. Arbeiter-Gesangvereinen meinen reichhaltigen Verlag von **Männer-** und **gemischten Chören** mit und ohne Orchester. Die besten Dichtungen in vorzüglicher Betonung und gewaltiger, zündender Wirkung. [358

Cataloge franko. Ansichtsendung bereitwilligst. Billigste Preise.

J. Günther, Musik-Verlag und -Handlung,
Dresden, Ziegelstrasse 24.

LUNGE und HALS

Kräuter-Thee, Russ. Knöterich (Polygonum) ist das vorzüglichste Hausmittel bei allen Erkrankungen der Luftwege. Dieses in seiner Wirksamkeit einzig dastehende Kraut gedeiht nur in einzelnen Districten Russlands, wo es eine Höhe bis zu 1 Meter erreicht, nicht zu verwechseln mit dem in Deutschland wild wachsenden Knöterich. Wer daher an *Phthisis, Luftröhren- (Bronchial-) Katarrh, Lungenspitzen-Affectionen, Kehlkopfleiden, Asthma, Athemnoth, Brustbeklemmung, Husten, Heiserkeit, Bluthusten* etc. etc. leidet, namentlich aber derjenige, welcher den Keim zur *Lungenschwindsucht* in sich vermuthet, verlange und bereite sich den Absud dieses Kräuterthees, welcher echt in Packeten à *1 Mark* bei **Ernst Weidemann, Lichenburg a. Harz,** erhältlich ist. Broschuren mit ärztlichen Aeusserungen und Attesten gratis. 2261

Resto
in **Buckskin, Kammgarn, Cheviot** für Anzüge, Hosen, Kragen und Regenmäntel, Meter von Mk. 1,10 an.
M. Strauss,
Niederstr. 6, 1 Tr.
375

Zur Massenverbreitung empfohlen!

Soeben erschien im Verlage des „Vorwärts":

Der Essener Meineidsprozeß.

Von Dr. Franz Lütgenau.

48 Seiten großoktav. Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg.

Weit hinein in die bürgerlichen Kreise hat dieser Prozeß durch seine Einleitung, seinen Verlauf und das Geschworenen-Urteil Aufregung getragen und auch dort offene Mißbilligung gefunden, die in der Schrift durch die Stimmen aus der gegnerischen Presse für spätere Zeiten registriert ist. Erst durch die Schilderung der tiefen Klassenscheidung und Klassengegensätze in der rheinisch-westfälischen Industriehölle, aus denen der Verfasser den Prozeß erklärt, wird dieser verständlich und begreift man es, warum der Staatsanwalt durch den Hinweis auf die Streiks ꝛc. so offen an die Klasseninstinkte der Geschworenen appellierte. Auf diesem Boden ist auch der **Zeuge Münter** eine typische Erscheinung. Aus den Verhandlungen, denen der Verfasser selber beiwohnte, erbringt er den Beweis für die Unschuld der Verurteilten.

Wir empfehlen die Schrift zur weitesten Verbreitung.

Buchhandlung „Volkswacht".

Todes-Anzeige.

Heute morgen 2½ Uhr starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel [374*

Carl Baumhöfener

im Alter von 58 Jahren.

Verwandten und Freunden dieses zur Nachricht, mit der Bitte um stille Teilnahme.

Brackwede, d. 15. Febr. 1896.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Dienstag 18. Febr. nachmittags 3½ Uhr vom Trauerhause, Brackwede 243, aus statt.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Für die mir in so reichstem Maße bewiesene Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich hierdurch meinen tiefgefühlten Dank. [372

H. Bettenworth.

Essen, 16. Febr. 1896.

Quittungsmarken

in allen Größen und Farben zum Quittieren der Beiträge für Vereine und Krankenkassen, (bestes Kontrollmittel für Kassierer) liefert in sauberster Ausführung die

Buchdruckerei der „Volkswacht".

Ein properes junges [*373

Dienstmädchen

auf sofort gesucht.

Näheres Mühlenstr. 2.